

Bezugspreis:
Bierpreis 1,50 RM, monatlich 2,50 RM
Preis des Jahrs 28,00 RM, einzeln
Kummen 10 Wochen, Vollbezug
Monatlich 2,50 RM, zzgl. Postgebühren

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moruplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 3. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moruplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die entgeltliche Rubrikzeitung
kostet 1,20 RM. 'Kleine Anzeigen'
des 'Vorwärts' vom 1. bis 31. Juni
1919 (einschl. des 1. Juni) weitere
Wort 25 Hg. Stellenanzeigen und
Schlüsselanzeigen des 1. Juni
40 Hg. jedes weitere Wort 20 Hg.
Korte über 15 Buchstaben zahlen für
jedes Wort. Kreuzungsbildung 50%.
Familien-Anzeigen, soziale und
gemeinschaftliche Berichte - Anzeigen
1,20 RM. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
Nachmittags im Geschäftslokal, Berlin
SW. 68, Lindenstr. 3, vorliegen
werden. Beginn von 9 Uhr bis
5 Uhr abends.

Der Gewaltfrieden für Oesterreich.

Der erste Teil der Friedensbedingungen für Deutsch-Österreich ist gestern in St. Germain überreicht worden. Auf dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie lebten vor Kriegsbeginn rund 12 Millionen Deutsche. Etwa die Hälfte davon sollen in einem Staate vereinigt werden, der sich selbst Deutschösterreich nennt, im Friedensvertrag aber nur Oesterreich genannt wird. Der Vertrag sieht, wie zum Lohn, einen Schutz der sprachlichen Minderheiten vor, die es im neuen Staatsgebiet nicht gibt, denn alles, was noch einigermaßen sprachlich gemischt ist, wird sorgfältig weggeschnitten, selbst die deutschösterreichischen Städte Warburg und Radkersburg.

Die Nordgrenze der Tschechoslowakei gegenüber folgt der bestehenden Landesgrenze, welche früher Böhmen und Mähren von Ober- und Niederösterreich trennte. Es wird nur eine geringe Aenderung gemacht, und zwar in der Gegend von Smünd und Felsberg und entlang des Flusses Morava. Die südlichen Grenzen mit Italien und dem südslawischen Staat sollen später durch die wichtigsten alliierten und assoziierten Regierungen festgestellt werden. Die Ostgrenze verläuft so, daß Warburg und Radkersburg zum südslawischen Staat kommen sollen. Die westliche und nordwestlichen Grenzen mit Bayern sowie die Grenze mit der Schweiz und Ungarn bleiben unverändert. Nach den politischen Bestimmungen akzeptiert Oesterreich die Grenzen von Bulgarien, Griechenland, Ungarn, Polen, Rumänien, Südserbien und Tschechoslowakei so wie sie festgelegt werden, verzichtet auf alle seine Rechte auf Randgebieten, die, trotzdem sie jetzt außerhalb seiner Landesgrenzen liegen, noch seinem Staat zugewiesen sind, erkennt die vollständige Unabhängigkeit der Tschechoslowakei an, inkorporiert das autonome Gebiet südlich der Karpaten. Die genaue Grenze soll festgestellt werden durch eine Feldkommission, die aus sieben Mitgliedern besteht, von denen fünf durch die Alliierten und je einer durch die beiden interessierten Staaten gestellt werden.

Neder die wirtschaftlichen Bestimmungen heißt es: Sie stimmen mit den deutschen Vereinbarungen überein, mit Ausnahme gewisser Einzelheiten der Schifffahrt. Spezielle Bedingungen aber werden für ehemalige österreichisch-ungarische Staatsangehörige hinzugefügt, welche die alliierte Nationalität erworben und diese entsprechen den Bestimmungen in dem deutschen Vertrag bezüglich Elbafloßbrücken. Zum Schluß übernimmt Oesterreich die Verpflichtung jedeswedes Arrangement anzuerkennen, das von den Alliierten zur Sicherstellung der Interessen ihrer Angehörigen unternommen wird. Der Gesamtvertrag erhält seine Gültigkeit sobald er von Oesterreich sowie von drei führenden Mächten der Alliierten und Assoziierten unterschrieben ist und gilt für jeden Einzelstaat nach erfolgter Ratifikation. Die 'Times' bringt einen von ihrer Pariser Redaktion zusammengefaßten Inhalt des österreichischen Friedensvertrages. Dieser Inhalt deckt sich mit dem offiziell ausgegebenen Auszug, enthält aber eine Reihe Bedingungen, von denen es im Originalvertrag heißt, daß sie noch nicht definitiv festgelegt sind, sondern einer Regelung vorbehalten bleiben. Insbesondere betrifft dies die Finanzbestimmungen. Hierüber heißt es in der Widergabe der 'Times': Bei der Feststellung der finanziellen Bestimmungen gehen die Kosten der Besatzungsarmee vor allem anderen in Betracht. Danach kommen die Kosten der Entschädigung, wobei den Alliierten die Wahl belassen wird, wenn nötig, eine Vorkauszahlung für aus dem Ausland eingeführte Güter zu beschaffen. Goldausfuhr ist ohne Zustimmung der Alliierten bis 1921 verboten. Die Kommission für die Schadenersatzung soll den Anteil an den Kriegskosten des früheren Oesterreich für jeden der neu gegründeten Staaten feststellen. Die Schuld soll sichergestellt werden durch die Einkommen der Eisenbahn und der Salzbergwerke und wird auf der Basis der Einnahmen der letzten 3 Jahre vor dem Kriege berechnet. Die in den neuen Staaten vorhandenen Banknoten der alten österreichisch-ungarischen Bank sollen durch die neue Regierung innerhalb 12 Monate durch neue Banknoten ersetzt werden. Die österreichisch-ungarische Bank soll nach Unterzeichnung des Friedensvertrages liquidiert werden, wobei die Aktien und die Inhaber der Banknoten verteilt werden sollen. Die Verfügungen der österreichischen Regierung innerhalb der neuen Staaten soll durch diesen Staat übernommen werden gegen den Wert, welchen die Kommission für Entschädigung bestimmen soll und welcher im Kredit der Entschädigungsrechte der österreichischen Regierung gebucht werden soll.

Der Inhalt des Vertrages.
- Das 2. Juni. Holländisch Bureau meldet aus Paris: Heute wurden in St. Germain die Friedensbedingungen für die Oesterreicher mit Ausnahme der militärischen Bedingungen und der Bestimmungen über die finanzielle und gewisse Grenzregelungen überreicht. Soweit die Bedingungen noch nicht vorliegen, sollen sie so schnell wie möglich zur Ergänzung überreicht werden. Der Friedensvertrag für Oesterreich ist genau so eingeleitet wie der mit Deutschland und stimmt in vielen Artikeln wörtlich mit ihm überein.
Durch den Vertrag wird Oesterreich ein Staat von ungefähr 6 Millionen Einwohnern auf einer Oberfläche von 125 000 bis 150 000 Quadratkilometern Boden. Oesterreich erkennt die vollständige Unabhängigkeit von Ungarn, der Tschechoslowakei und des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates sowie jener Gegenden an, die früher zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörten und eine Bevölkerung von rund 50 Millionen Seelen auf einer Oberfläche von 688 000 Quadratkilometern umfassen. Oesterreich akzeptiert die Verfassung des Völkerbundes und die Arbeitsgesetzgebung, verzichtet auf alle Rechte außerhalb Europas Lande und erklärt sich zur Demobilisierung aller Streitkräfte bereit, sowohl zur See wie der in der Luft. (Die militärischen Bedingungen sind, wie eingangs erwähnt, noch nicht überreicht.) Weiterhin erkennt Oesterreich den alliierten und assoziierten Mächten das Recht zu, österreichische Untertanen, die sich der Verletzung der Kriegsgesetze und Kriegsgesetze schuldig gemacht haben, vor einen Gerichtshof zu stellen und nimmt bezüglich der Wirtschaftsbestimmungen und der Freiheit der Durchfuhr dieselben Bestimmungen an, welche in dieser Hinsicht in den deutschen Verträgen festgelegt sind. Des weiteren gibt der Bericht über den Friedensvertrag folgende kurze Zusammenfassung der Bedingungen:
Absatz I: den Völkerbund betreffend und Absatz 12 über die Arbeitsbestimmungen entsprechen im Wortlaut genau den deutschen Friedensbedingungen, ebenso wie Absatz 6, der die Kriegsgefangenen und die Verwaltung der Soldatengräber betrifft. Hierunter fällt auch Absatz 10, der die Luftschifffahrt behandelt. Im Gegensatz dazu kommt Absatz 13, der sich mit den Garantien für die Durchfuhr der Friedensbedingungen beschäftigt, nicht in dem Vertrag mit Oesterreich vor. Der Absatz II (territoriale Grenzen betreffend) enthält folgende Bestimmungen:

Die Tschechoslowakei verpflichtet sich, mit den Alliierten einen Vertrag zu schließen zum Schutze der Minderheiten, der Religionsrechte und der Sprachrechte der Minoritäten und zur Sicherstellung der Freiheit der Durchfuhr sowie einer billigen Behandlung der Handelsinteressen der anderen Nationen. Oesterreich anerkennt und akzeptiert die volle Unabhängigkeit für alle zum früheren russischen Reich gehörigen Gebiete, akzeptiert definitiv die Aufhebung des Brest-Litowsker Vertrags und aller anderen Verträge, welche seit der Novemberrevolution von 1917 mit allen Regierungen oder politischen Gruppen des früheren russischen Reiches geschlossen wurden. Die Alliierten behalten sich im Namen von Rußland vor, eine Wiederherstellung und Genugtuung von Oesterreich zu fordern nach den Bestimmungen des Friedensvertrages. Weiterhin stimmt Oesterreich der Aufhebung des Vertrages von 1839 mit Belgien zu, durch den dieses Land zum neutralen Staat erklärt worden ist, ebenso der Aufhebung der Neutralität von Luxemburg. Auch die zu treffenden Regelungen zwischen den Alliierten und der Türkei sowie mit Bulgarien werden durch Oesterreich akzeptiert, ebenso wie die zwischen den Alliierten und Deutschland über Schleswig-Holstein zu treffenden Vereinbarungen. Weiterhin verpflichtet sich Oesterreich durch eine Reihe von Bestimmungen dazu, seine Einrichtungen in Einklang zu bringen mit den Prinzipien von Freiheit und Recht. Es erkennt den Schutz der Minoritäten als eine Angelegenheit internationalen Interesses an, in der der Völkerbund die Jurisdiktion ausübt. Oesterreich sichert allen Einwohnern Oesterreichs ohne Unterschied der Nationalität, der Sprache, der Rasse und der Religion Schutz des Lebens und der Freiheit sowie das freie Recht der Ausübung des Glaubens an. Alle österreichischen Untertanen, ohne Unterschied der Rasse, der Sprache und der Konfession, sind vor dem Gesetz gleich. Dem freien Gebrauch der Sprache im privaten und öffentlichen Leben darf keine Unterdrückung auferlegt werden. Es müssen Garantien dafür gewahrt werden, daß diese Freiheit aufrechterhalten bleibt. Die militärischen Bestimmungen enthalten folgende Einzelheiten: Alle österreichischen Kriegsschiffe und Fahrzeuge, inkl. der Donauflotte müssen den Alliierten ausgeliefert werden. 21 namentlich aufgeführte Kriegskreuzer werden entlassen und als Handelsschiffe eingerichtet. Alle im Bau befindlichen Kriegsschiffe werden gestrichelt. Der Abbau (Schleifung) darf lediglich zu industriellen Zwecken erfolgen. Alle Marinewaffen, Munition und anderes Kriegsmaterial müssen den Alliierten ausgeliefert werden. Drei Monate lang darf die drohtlose Station von Wien nur unter Kontrolle der Alliierten für Handelsnachrichten benutzt werden. Die Luftschifffahrtsbestimmungen entsprechen denen, welche Deutschland auferlegt worden sind. Die Luftmacht wird aufgehoben und alle Luftschiffe und Flugzeuge mit dem dazugehörigen Material müssen innerhalb von drei Monaten an die Alliierten ausgeliefert werden. Sechs Monate lang ist die Fabrikation von Luftschiffen und Flugzeugen sowie deren Bestandteilen verboten. Die Alliierten erhalten das Recht, ungehindert ihre Flugzeuge über österreichische Gebiete fliegen und dort landen zu lassen, und zwar bis zum Jahre 1923, es sei denn, daß Oesterreich vorher in den Völkerbund aufgenommen worden ist.

Die Reichsregierung und Vertreter Dorten.

Gebührende Antwort Scheidemanns.
Der famose Dr. Dorten, Staatsanwalt a. D., der sich von den Franzosen zum Präsidenten der rheinischen Republik ernennen lassen oder sich selbst dazu emanzipiert hat, hat aus Mainz an den Ministerpräsidenten folgende Depesche gerichtet:
Herr Ministerpräsident!
Im Auftrage der vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik habe ich den Herrn Reichspräsidenten von der heute erfolgten Proklamation der Rheinischen Republik im Verbands des Deutschen Reichs und unseren Vorgesetzten in Kenntnis gesetzt. Damit unser heißer Wunsch, den Weg zum Völkerfrieden und zur Völkerverständigung zu ebnen, sofort offenbar wird, habe ich den Herrn Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles und den Staatsoberhäuptern der okkupierten Mächte durch die obersten Befehlshaber gleichfalls die erfolgte Proklamation notifiziert und gleichzeitig die Erlaubnis zur sofortigen Vornahme der Wahlen zur Rheinischen Landesversammlung sowie die Zulassung von Vertretern der Regierung zur Friedenskonferenz beantragt. Ich richte hiermit an Sie, Herr Ministerpräsident, den gleichen Antrag und die Bitte, unser Zusammenwirken mit der deutschen Friedensdelegation genehmigen zu wollen.
geg. Dr. Dorten.
Die Erwiderung der Reichsregierung auf dieses alberne und freche Schriftstück besteht in folgender Erklärung:
In Wiesbaden hat sich eine sogenannte 'Regierung der Rheinischen Republik' gebildet. Landfremde Männer haben sich unter dem Schutz der Okkupation zur Verfügung dieses Abenteurers gedrängt. Ihre Auftritte haben keinen Widerhall gefunden. Ihre Maueranklage hat die Wiederrichtung der betreffenden Gebiete abgerissen.

Die Reichsregierung hat auf diese reichsgerichtlichen Verfügungen nur eine Antwort:

Sie hat den Oberreichsanwalt angewiesen, gegen den Herrn Dorten und die übrigen Mitglieder der sogenannten Regierung der Rheinischen Republik das Verfahren wegen Hochverrats zu eröffnen. Alle Umstände der sogenannten Regierung des Herrn Dorten sind null und nichtig. Die Bevölkerung hat ihre Anregungen nicht zu beachten. Die bisherigen Landesregierungen und Landesbehörden sind nach wie vor Träger der einzig rechtmäßigen Gewalt.

Inzwischen mehrten sich die Anzeichen des heftigen Widerstandes, den die Bevölkerung, namentlich auch das Proletariat, trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Okkupationsbehörden leistet. In Mainz und Wiesbaden hat die ganze Bevölkerung einen 24 stündigen Abwehrstreik proklamiert. Die Arbeiter sollen die Fabriken verlassen. Beamte und Angestellte die Büreaus, die Geschäftsleute die Läden schließen und die Kinder aus der Schule fortbleiben. In Speyer wurden Danks und seine Gefinnungsgenossen, als sie die Rheinische Republik ausrufen wollten, von der empörtten Volksmenge getötet, so daß sie in schwer verletztem Zustande fortgetragen werden mußten. Aus Wut über sein mannhaftes Auftreten haben die Franzosen den bayerischen Regierungspräsidenten der Rheinpfalz, Herrn v. Winterstein, über den Rhein nach Mannheim abgeführt. Diese Gewaltmaßnahme zeigt, wie sehr sie die Hände bei der Sache im Spiele haben. Das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden stellt alles in den Schatten, was preussische Generale sich je geleistet haben. Diese Organe des Militarismus enthüllen der Welt das wahre Gesicht der Sieger.

Berlin, 2. Juni. Von süßlicher Stelle erfahren wir, daß die französische Besatzungsbehörde vom Polizeidirektor in Wiesbaden ausdrücklich verlangt hat, dafür zu sorgen, daß die Plakate, die die Proklamation der Rheinischen Republik enthalten, nicht entfernt werden. Diese Forderung steht in unerbittlichem Gegensatz zu dem von den Besatzungsbehörden immer wieder betonten „demokratischen und völkerrätigen“ Charakter der Separatbewegung.

Die französische Verschwörung im Rheinland. Beugung der Schuld.

Verfailles, 2. Juni. Die Ausrufung der Rheinischen Republik wird von den Morgenblättern in allgemeinen nur in kurzen Meldungen wiedergegeben. Die Blätter jedoch, welche jede Beteiligung Frankreichs ablehnen, erwähnen, daß der eifrige Agitator für eine separatistische Stimmung in Deutschland, Maurice Barres, gestern in Mainz eingetroffen ist und schon heute in „Echo de Paris“ das Ereignis feiert.

Frankfurt a. M., 2. Juni. Ueber die Ausrufung der Rheinischen Republik in Wiesbaden und Mainz erfahren wir noch: Die Plakate, die die Ausrufung der Republik proklamieren, sind in der „Rheinischen Postzeitung“ in Wiesbaden gedruckt worden. Sie waren von französischen Offizieren nachgemischtem Papier ausgedruckt, von der Bevölkerung wieder entfernt worden. Ein obermännlicher Anschlag heute früh hatte das gleiche Schicksal. Sieben an der Entfernung Beteiligten wurden verhaftet. Ein nationaler Ausschuss, an dessen Spitze der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Amtsgerichtsrat von Stein, steht, überreichte dem französischen militärischen Administrator Vinet einen Protest gegen die Ausrufung der Republik. Stein wurde bedroht, vor Vinet geladen und von ihm mit der Abschiebung nach Deutschland bedroht.

Infolge des allgemeinen Aufstandes, der heute vormittag 10 Uhr eingesetzt hat, sind sämtliche Läden und Schulen geschlossen. Das Elektrizitätswerk arbeitet nicht, die Straßenbahnen stehen still, die Zeitungen haben ihre Erscheinen eingestellt. Die französische Militärverwaltung hat für den Fall des Generalkreuzes Aushebung sämtlicher Pässe und Bereiterleistungen und Absperzung der Lebensmittelzufuhr angedroht.

Dr. Dörren wurde zum Staatspräsidenten ernannt und hat seine Tätigkeit heute vormittag begonnen. Vinet hat die Regierungspräsidenten von Wiesbaden wissen lassen, daß er von nun an der neuen Regierung unterstellt sei und Dorten zu gehorchen habe. Regierungspräsident v. Reister hat daraufhin seinen Abschied genommen.

Eine Kundgebung der Abgeordneten des Rheinlandes.

Folgende Kundgebung ist einstimmig beschlossen worden: „Deutsche vom Rhein! Wir, die Abgeordneten der rheinischen Lande zur Deutschen Nationalversammlung und Preussischen Landesversammlung erheben Protest gegen die Ausrufung von Sonderrepubliken in Westdeutschland.“

In besetzten Gebieten hat das Volk selbst nicht die Möglichkeit zu ungehemmtem Meinungs- und Austausch. Deshalb erheben wir, Eura berufenen Vertreter, unsere Stimme und weisen die Ratschläge derer zurück, die in vollem Gegensatz zu dem Willen des gesamten rheinischen Volkes sich an den fremden Nachbarn wenden, um seine Hilfe gegen das deutsche Vaterland zu erbitten. Nur völliger Mangel an nationalem Gefühl kann ein solches schmachvolles Komplott erklären.

In dieser Zeit allgemeinen Unfriedens ist es die Pflicht jedes Deutschen, seinem Volk und Vaterlande die Treue zu halten, anstatt das Unheil durch die Zerstückelung der vorhandenen staatlichen Organisationen noch zu verschärfen.

Jeder Teil des deutschen Volkes wird im Rahmen der neuen Verfassung zu seinem Rechte kommen und seine Sonderart in Freiheit pflegen können. Dazu bedarf es keiner berrätischen Umtriebe.

Keine Regierung kann es dulden, daß ihre Volksgenossen während schwelender Friedensverhandlungen von amtlichen Vertretern des Gegners beim Abfall unterstützt werden. Der Geist des Vertrauens, ohne den Friedensverhandlungen nicht geführt werden können, muß dadurch erstickt werden.

Dem rheinischen Volke aber rufen wir zu: Bewahrt Euestigkeit, Einheit und deutsche Treue!

Berlin, den 2. Juni 1919. Die Abgeordneten der rheinischen Lande zur Deutschen Nationalversammlung und Preussischen Landesversammlung.

Deutsch-Südtirol italienisch.

Amsterdam, 2. Juni. Das neuterische Bureau meldet ergänzend zum Friedensvertrag mit Oesterreich aus Paris, daß die südtirolische Grenze Oesterreichs gegen Italien an der Wasserscheide zwischen Inn und Drau im Norden und den lombardischen Flüssen im Süden entlang läuft, dann über den Brennerpaß geht und das Septental zu Italien schlägt. Die Grenze Oesterreichs gegenüber dem serbisch-kroatisch-slowenischen Staate wird von den hauptsächlich alliierten und assoziierten Mächten später festgelegt werden.

Das englische Kabinett und der Friede. Keine Volksabstimmung in Oberschlesien. — Unterschrift am 15. Juni.

Verfailles, 2. Juni. Der Vierertrat hielt gestern seine Sitzung ab, dagegen fand nach der „Chicago Tribune“ gestern in Paris eine englische Kabinettsitzung statt. Es wurde die Möglichkeit einer Revidierung des Friedensvertrages erörtert. Die aus London eingetroffenen Minister erklärten, sowohl die liberalen wie die Arbeiterpartei sänden die finanziellen Bestimmungen des Entwurfs zu hart, so daß Deutschland die Wiedergutmachung nicht bezahlen könne.

Das Kabinett war der Ansicht, es sei gut, sofort eine konkrete Summe von Deutschland zu verlangen und deren Festsetzung nicht auf später zu verschieben. Lloyd George habe angegeben, er werde auf dem Wortlaut des Ber-

trages nicht bestehen und Verbesserungen namentlich betreffend die finanzielle Wiedergutmachung vorschlagen. Dasselbe Blatt will aus allerbesten Quelle eine Bestätigung erhalten haben, daß Wilson unter allen Umständen auf dem gegenwärtigen Vertragsentwurf bestehe und Clemenceau und Lloyd George brieflich davon benachrichtigt habe. Er sei durchaus dagegen, Deutschland sofort in den Völkerbund einzutreten zu lassen, nur gewisse wirtschaftliche Klauseln könnten modifiziert werden, wenn Deutschland beweise, daß es bessere Methoden zur Bezahlung wisse. Dagegen wolle er die grundlegenden Prinzipien unverändert lassen und keine Volksabstimmung in Oberschlesien zulassen.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ bestätigt die Auffassung der „Chicago Tribune“. „Echo de Paris“ will wissen, daß die Antwort der Alliierten auf den deutschen Gegenvorschlag nächsten Freitag überreicht werde. Die Antwort werde eine begründete Ablehnung sein und Deutschland werde für den 15. Juni die Bedingungen der Alliierten annehmen müssen.

Sembar über die Gesellschaft der Nationen.

Verfailles, 2. Juni. Sembar schreibt heute in „Deure“, Brodorski's Mantelnote sei geschickt, sie umfasse die schwachen Punkte des alliierten Vertragsentwurfs. Zunächst zeige sie, daß die Entente mit sich selbst im Widerspruch sei, wenn sie Deutschlands Entwaaffnung fordere, aber Deutschland nicht in den Völkerbund aufnehmen wolle. Wer abrüsten müsse, müsse auch in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden, sonst sei er wehrlos. Auch die Behauptung Brodorski's, daß die angeblich falsche Fassung des Vertragsentwurfs Deutschland wirtschaftlich zugrunde richte, sei richtig. Deutschlands Ruin sei auch Frankreichs Ruin. Deswegen sei Brodorski's Einspruch gegen die Danziger Lösung zurecht. Zum Schluss hebt Sembar hervor, daß Clemenceau in seiner gestrigen Antwort an Brodorski betreffend die Arbeitergegendung namens der Alliierten erkläre, daß deutsche Vertreter demnach in die internationale Arbeitsorganisation aufgenommen werden sollen. Sei dies nicht der erste Schritt zum Eintritt Deutschlands in die Gesellschaft der Nationen? Mit der wahren Gesellschaft der Nationen, welche alle Nationen umfasse, werde der Friede möglich. Ohne sie könne es wohl einen Austausch von Unterschriften, aber keinen Frieden geben.

Zur Obduktion der Leiche Rosa Luxemburgs

Rechtsanwalt Dr. Weinberg übersendet uns nachstehendes Schreiben, das er als Vertreter der Familie der Frau Dr. Luxemburg an das Kriegsgericht der Garde-Robalier-Schützenbrigade gerichtet hat:

Nachdem der Reichswehrminister Noske entgegen den gesetzlichen Bestimmungen eigenmächtig die Leiche der ermordeten Frau Dr. Luxemburg aus dem Leichenschauhaus nach dem Truppenübungsplatz in Josen hat fortschaffen lassen, trotzdem bekannt ist, daß eine Wasserleiche, namentlich wenn sie bereits seit Monaten im Wasser gelegen hat, vor der Obduktion besonders vorsichtig behandelt werden muß, ist jede Möglichkeit geschwunden, durch die Obduktion den Tatbestand aufzuklären. Ich muß es deshalb ablehnen, an der Obduktion teilzunehmen und hierdurch der Obduktion den Anschein eines wirklich der Aufklärung des Tatbestandes dienenden Aktes zu geben.

Der Rechtsanwalt, gez. Dr. Weinberg. Wir halten diese Ablehnung für vorzuziehend, da die Frage, ob eine Nahrung des Leichens infolge des Transportes der Leiche unmöglich geworden ist, erst von einem Sachverständigen auf Grund des Augenblicks hätte geklärt werden müssen. Ohne den Körper der Ermordeten auch nur gesehen zu haben kann man das keineswegs entscheiden.

Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Levin-Rissen hat gestern in München begonnen. Levin, ein geborener Russe, der in Voden naturalisiert ist, erklärte, er habe vor einer gewaltsamen Erhebung gewarnt. Der Prozeß dürfte mindestens zwei Tage dauern. Die Prämien für die Ergreifung Levin's und Teller's sind auf je 10 000 M. erhöht worden.

Disziplin.

Ein verbotenes Wort, wir ebenso verbot, wie allen denen, die fünf Jahre unter dem Offiziersbogen draußen in Lärm und Feuer gelogen. Trotzdem wage ich es auszusprechen. Denn es muß gesagt werden: wir müssen den Widerwillen gegen dieses Wort überwinden. Disziplin sowohl als Selbstdisziplin, als auch Einordnung in die große Masse, als Massenzucht also muß uns verwohnen sein wie ein feiner Stuhl, der uns dringend ruft, sollen wir im Leben bestehen.

Warum ist und auch die Disziplin so verbot? Weil sie uns als etwas Fremdes von oben her brutal aufgezwungen wurde, weil sie weniger uns, als den „Herren“ dienete, weil der Ludendorffsche Geist verneinte, daß die Menschen der unteren Klassen Selbstdisziplin haben könnten. Darum broh die Disziplin im deutschen Volk und Heer zusammen. Darum drängen unsere Geelen nach dem gegenseitigen Extrem, der vollständigen Zügellosigkeit.

Selbstdisziplin ist die Vorbedingung der Massendisziplin. Soll diese mit uns verwachsen und uns nützlich sein. Sie ist die einzige, aber unüberwindliche Waffe der Masse. Best wie ein feuergebrannter Stahl muß das Proletariat zusammengeschweißt sein, ein Block, ein Gabeln, dann wird es eine reiche Ernte einheimen. Einer des anderen Helfer und Diener, Millionen Menschen eine Kraft, denn ist diese Kraft so groß, daß unsere Gegner sie vergebens aus dem Wege zu räumen versuchen, daß sie, auf den richtigen Weg gebracht, laminenlos vorwärts rollt, sich Wahn bricht.

Was aber sind wir, wenn jeder seinen Eigenwillen, seine unbeschränkte Freiheit durchsetzt, wenn seine Selbstdisziplin, kein Einordnen in die Masse unter Zurücksetzung der trennenden, persönlichen Wünsche in uns ist?

Dann sind wir Millionen Menschen, dem Kapital Millionen willkommene Kräfte zum Auslaugen, dann sind wir Millionen Kräfte, die sinnlos gegeneinander arbeiten. Dann sind wir wie jener hiesigen Spanen, die einen Fischbaum geplündert haben, von denen jeder hastig seine Kräfte im Schnabel die Schar verließ, um seinen Haad in einen entlegenen Schlupfwinkel zu verbergen, und denen von einer Kräfte einem nach dem anderen die Beute abgejagt wurde, mit argem Jerrutzen.

Darum, Genossen, sprechen wir das Wort ruhig aus und halte jeder bei sich selbst Disziplin, unter uns Massendisziplin. Dann sind wir eine Macht, geachtet und gefürchtet, sind wir eine Lavine, die alles mit sich reißt, wohin sie will!

Tonkünstlerfest.

Der dritte Tag: Prohaska's Frühlingsfest. Es muß gesagt werden: wenn das Gebotene wirklich reiner Niederbrot deutscher Musik-Gottes mit deutscher Musik-Wortes

ist, dann hält die Muse ihren langen Winterschlaf, aus dem sie erst ein neuer Genius erwecken kann. Der alte Deutsche Musikverein erinnere sich schnell und eindringlich seiner Mission. Heute an ein altes und morisches Gebäude zu legen und roten statt Versprechungen aufstehen zu lassen. Er lasse auch die extremsten Kunstwerke bei sich zu Worte kommen und alle, denen Drang nach Bewegung, Farbe, Phantasie und Experiment die Feder bewegt. Nur Herz muß dahinter stehen, holler Mut und frisches Naedigen im Melodischen lebendig sein. Der dritte Tag brachte Namen von berühmtem Klang: Leudowich mit einem hinterpunktierten Interessierenden, im raffigen Schlagwerk sehr wirkungsfähiger Trio; Heinz Tichen mit fünf Liedern, die in vornehmlicher Reflexion, aber doch aus dem Vorn einer edel musikalischen Empfindungsart schöpfend, charaktervolle und eigenständig geformte Bilder geben; Paul Juno, den Drehschiffen, aus dessen Palette mannigfaltige Farben eine leidenschaftliche und schwingvolle, durch Gebet und Hingabe fast abgetandete Ländlichkeit „Altezeit“ malen; schließlich Julius Weimanns originelle und selbst gemessene Lieber mit Trio-Begleitung. Das alles sind Zeichen von gutem Harmonie und sicherem Können. Wo bleibt aber das Neue, das Erregende und Anregende im Schaffen? Wo der Atem des Komponisten, der uns erschüttert, der uns an Herz und Hirn greift mit Haubeweise?

Auch Prohaska gelang das nicht. Dazu ist seine Musik zu Klappotts Frühlings-Ode schon viel zu massig, zu gewalttätig, zu stark auf Angriff und äußere Sein-Erregung eingestellt. Nebenbei das Orchester, rüchlos die Bergemaligung der Singstimmen, ungeschickt und grob das Malen von Stimmungen. Weicher wirkliche Meister hätte je eines solchen Aufwandes bedurft, um zu sagen, was er leidet, kämpft, überwindet, was er an inbrünstigen Denf und was am Wiberfall des Lebendigen und Anspendens in der Welt in seinem Herzen verdrängt! Ein einiger quellender melodischer Einfall würde die erregenden Schreitkraft dieses ganzen Riesens zum Sturz bringen. Dadei ist Prohaska ein großer Künstler, ein Mann, der den Satz beherricht und der, wenn er sich (wie im 2. Teil) im Biegel hat, auch langschön, weich und abgerundet nachdichten kann. Wie schade, daß er sich in dem Versuch an Orchester- und Sanges-Figuren keine Versungen gönnt, daß er sich, ungeschick des Stils, mit den ersten Sätzen seiner Partitur gleich in oberflächlich überstürzte Regionen führt und sie, verkehrt in das handwerklich Bemesserte, nur ungenü verläßt! Er ist geschaffen für das rein Dramatische, auf der Bühne oder im sinfonischen Buz, nicht aber für das Bokoale im Rahmen einer lyrischen, einer gedanklichen Ode des Meisters. In diesem Verleumen seines Berufs ist der ungenü befähigte und zur Bedeutung eines groß-Schaffenden prädestinierte Musiker Prohaska gescheitert. Dem Publikum gefiel das Werk dennoch. Der Chor der Singakademie löste seine unheimlich schwierige Aufgabe wunderbarst.

Wir sind am Ende der musikalischen Tage. Und wünschten einen künstlerischen Anfang zu sehen. Bevor Aufstieg möglich wird, rufen wir andere, verborgene Kräfte, rufen wir neue, schlummernde Talente, rufen wir Kinder vom Wunder der Melodie und des Gedankens in der Musik aus Werk!

Rut Singer.

's Jungferngift' in der Volksbühne.

Ludwig Angengruber bedient sich als wahren Volksheld auch in den leichten Komödien, die nicht den hohen Zug und die befreiende Tendenz tragen, etwa wie die „Kreuzschreiber“. In jeder seiner Schölen steht derselbe echte Kern. Auch in dem letzteren geistlichen „Jungferngift“, das im Jahr des beginnenden Sozialistengesetzes entwand, einer Post mit allen üblichen Zutaten dieser Art, toll er über Spaß und Unterhaltung hinaus auf Herz und Gemüt wirken und Dummheit bekämpfen und dem Menschlichen zum Siege verhelfen. Das uralte Schwanenmotiv vom Wanne, der an der ersten Umarmung mit einer Jungfrau stirbt, ist hier in den Dienst einer Intrige gestellt, die ein drobes Liebespaar von den Nachstellungen des auf einen reichen Schweizerlohn erpichten Vaters befreien soll. Der trotzkopf reiche Vater läßt sich durch dieses Wärelein absprecken, das ihm der gelehrte Dichter, der Kahlenrenner-Tonert, einflößert. Diese tolle Figur erinnert in ihrem Humor an den Steinlocherhannes. Im übrigen sind es die herkömmlichen Schwankfiguren, mit denen das lustige Spiel gespielt wird. Auch in den Mittelteil ist Angengruber nicht zimperlich; die Intrige ist etwas sehr durchsichtig und muß schließlich der Steigerung wegen noch zu einer Verflechtung greifen. Als besondere Jutat ist der Professor da, der in seiner verfliegenden Redenart zu den komischsten Wirkungen beiträgt und wie ein von einer Bremse gestohenes Vieh durch alle Ecken hindurchwibelt. Diese uilige Person, ein handiges Reberitorial der Literatur, gibt dann Anlaß zu allerlei Bemerkungen über Stadt und Land. Aber hinter all diesen mit Lust und Spannung gemängten Unterhaltlichkeiten blüht doch Tiefere, Menschliches, Nachdenkliches hervor, und das Gefühl der Seere kommt in dieser Postie nie auf.

Der Erfolg der Aufführung war bedingt durch das kernseide Liebespaar von Ida Viebich und Hans Felix. So ein verzagtes Wärein, das auch noch singen kann, nimmt für die Rolle ein, selbst wenn es der Verlockung durch den Reichmann schnell ertiegt. Mit dem echten Humor Angengrubers tratete Gilda Herzfeld den Kahlenrenner aus. Julius Sachsens Professor Kofantenwäher war eine gattre Kodie dieses fliegende-Blätter-Lupus. Die Regie von Paul Vogdan ging im übrigen auf kurz karikatüristische Wirkungen aus: ein feinfestes Liebespaar und die bei aller ungeschickten Dummheit geiffene Woge, mit der der reiche Jüngling geirrt wird (Heria Wolff) legten davon Zeugnis ab. Der Dialekt ließ manches zu wünschen. Die Bühnenbilder gingen auf farbige Wirkungen aus. Das Volkshühnenpublikum zeigte sich für die Heiterkeitswirkungen nicht minder wie für den tieferen Gehalt dankbar.

Notizen.

— Dichterkabend. Im Doffing-Museum Rest Donnerstag, den 6. Juni 8 Uhr, Ernst Doffow aus seinem neuen Bude „Die Swigen Hingken“ und aus der Handchrift seines „Geist-Buches“. Zu Beginn singt Minna Ebel-Wilde die Arie aus Wachs Pfingstamant.

55. Verbandstag der Konsumvereine.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten hielt kürzlich in Brandenburg (Havel) seinen 55. Verbandstag ab. Vertreter waren von den 110 angeschlossenen Vereinen 75 Vereine durch 177 Delegierte; außerdem hatten Vertreter entandt der Zentralverband deutscher Konsumvereine, die Großverkaufsgesellschaft in Hamburg und die 'Vollstufzörge'.

Groß-Berlin

Vollzugsrat Groß-Berlin.

Zur Frage der Schaffung eines Wahl- und Propagandafonds gab die Fraktion der S. P. D. folgende Erklärung ab: Die beiden Vorhaben des Vollzugsrates Groß-Berlin sind für Mittwoch, den 4. Juni, zu einer Sitzung des Zentralrates eingeladen.

Literatur.

Von Auguste Hauschner.

Am Mitternacht erhoben sich die beiden Ehepaare, die in einem kleinen Kreise freier Künstler das Bürgerium und das Kapital vertreten hatten; die Frauen umarmten das Fräulein Birnin, ihre Watten küßten ihr die Hand, und der Abschied wurde so ausführlich betrieben, daß er die Geselligkeit der anderen untergrub und zum Anlaß eines allgemeinen Ausbruchs auszuarten drohte.

Keiner aber brachte die Spannkraft auf, den Körper aus seiner Trägheit aufzuwecken, daß er den Wunsch verwandle in die Tat. Schläfrig hockten sie auf ihren Stühlen, riefen Rauch in die verbrauchte Luft, und während sie mit matten Witten, wie mit matten Pfeilen, nach den davongegangenen Bonaufen zielten, hatten sie ein Gefühl der Unachtsamkeit.

schleunig wie möglich im Einberufen mit dem Zentralrat eine Wahlordnung herauskommt, die alle berechtigten Forderungen erfüllt. Demnach können die Mitglieder der S. P. D. erst dann zum dem Beschluß, zur Bildung eines Wahl- und Propagandafonds endgültig Stellung nehmen, wenn die Verhandlungen mit dem Finanzministerium fehlschlagen würden.

Die Mitglieder der S. P. D. glauben, daß auch mit Rücksicht auf die in letzter Zeit durch Sammlungen stark in Anspruch genommene Opferwilligkeit der Arbeiterkassen diese möglichst nicht unnötig zu erneuten finanziellen Leistungen herangezogen werden darf.

Die Fraktion der U. S. P. unterbreitete dem Vollzugsrat daraufhin folgenden Antrag:

Zur Ausführung des Beschlusses der Vollversammlung der U. und S. Päte Groß-Berlins zur Gründung eines Wahl- und Propagandafonds ist folgendes notwendig:

- 1. die Herstellung von 500 000 Marken à M. 0,50, die Herstellung von 250 000 Marken à M. 1,—
2. Den Betrieb der Marken übernimmt die Kasse des Vollzugsrates. Diefelbe hat sich zur Abschmelzung der Marken einen Stempel anzuschaffen.
3. Die Abschmelzung der von der Hauptkasse entnommenen Marken erfolgt durch die Fraktionskassierer, welche auch nur von der Hauptkasse Marken zu entnehmen haben.

Der Vollzugsrat ist verpflichtet, der Vollversammlung über die Verwendung der eingegangenen Mittel Rechenschaft abzulegen. Dieser wurde bei Stimmenthaltung der S. P. D. angenommen.

Vollversammlung

der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte und Delegierten Freitag vormittags 10 Uhr. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Tagesordnung:

- Stellungnahme zu dem Gesegentwurf über die Betriebsräte.
Rath. Müller. Fritz Drolat.

Der angebliche Militärereignis auf der Heerstraße.

Vom Gouvernement Groß-Berlin wird uns zu diesem Bericht unseres Montagsblattes geschrieben: Die der Wadabteilung der Kommandantur angehörenden Soldaten hatten auf Befehl des Gouvernements den Auftrag, gegen die zahlreichen an der Heerstraße ihr Unwesen treibenden Glaskassierer vorzugehen. Es gelang auch beim ersten Vorstoß in der Richtung Teufelsdröckchen-Heerstraße 23 dieser Spieler festzunehmen.

Auch in diesem Falle erlebte man wieder das beschämende Schauspiel, daß die angesammelte Menge gegen die ihre Pflicht erfüllenden Soldaten eine drohende Haltung annahm, sodaß zur Räumung des Platzes gezwungen werden mußte.

Seit Wochen fordert die Deffentlichkeit gebieterisch von der Behörde, dem öffentlichen Spielerrumoren endlich ein Ende zu bereiten. Das am Sonntag tätig gewesene Kommando hat sich bei der Säuberung der Straßen Berlins von dem Spielergesinde die größten Verdienste erworben und damit keines besonnenen Vorgehens die besten Erfolge erzielt.

Wenn dann noch gar in der Presse gegen die ihrer schweren und gefährlichen Pflicht genügenden Soldaten Angriffe erhoben

werden, wird ihre Dienstfreudigkeit nicht gehoben, dafür aber die Unternehmungslust des Gefindels.

Berufst das Publikum die ihrer Pflicht genügenden Soldaten zu bedrohen, so wird es sich energische Maßregeln selbst zuschreiben haben.

Hiernach befanden sich unsere Gewährsmänner in einer Täuschung. Der verhängnisvolle Schuß kam tatsächlich aus der Richtung auf die Soldaten, die in die Luft schossen. In dem Gewitter wurde ihnen dieser Schuß fälschlich zur Last gelegt.

Der Leichenfund an der Freiarchenbrücke.

Das Gerücht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ist genaugenau richtig, nähere Einzelheiten über den Fund der weiblichen Leiche an der Freiarchenbrücke im Tiergarten aufzuklären. Es soll durch die Personen, welche den Leichnam im Wasser treiben sahen, festgestellt werden, wann und wo der Körper zuerst beobachtet worden ist.

Die Obduktion findet heute Dienstag vormittag um 10 in dem Garnisonlazarett Posen statt. Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß es sich hier um Frau Rosa Luxemburg handelt. Nach den Feststellungen des Oberregierungsrats Hoppe ist die tote 1,43 groß, hat einen etwas verwaschenen Oberkörper und eine schmale, stark gekrümmte Nase.

Die Obduktion findet heute Dienstag vormittag um 10 in dem Garnisonlazarett Posen statt. Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß es sich hier um Frau Rosa Luxemburg handelt. Nach den Feststellungen des Oberregierungsrats Hoppe ist die tote 1,43 groß, hat einen etwas verwaschenen Oberkörper und eine schmale, stark gekrümmte Nase.

Ein kommunales Notgesetz.

Neuwahlen der unbesetzten Magistratsmitglieder.

Die Demokratisierung der Gemeinden soll der 'Sozialistischen Korrespondenz' zufolge beschleunigt werden, und zwar durch ein Notgesetz folgenden Inhalts:

Bis zum 1. August ds. Jrs. müssen sich alle unbesetzten Magistratsmitglieder und Gemeindevorstände einer Neuwahl unterziehen. Bei der Neubildung der obersten Gemeindevertretung ist nach dem Verhältniswahlrecht zu verfahren. Zugleich wird die Arbeit an der neuen, grundsätzlich demokratischen Gemeindeverwaltung so beschleunigt werden, daß sie noch in diesem Jahre zum Gesetz erhoben werden kann.

Mit dem Erlaß dieses Notgesetzes wird endlich der Skandalöse Zustand beseitigt, daß die Hüter des alten Regiments nach wie vor die eigentliche Verwaltung in den Magistraten und auch in den Gemeindevorständen nicht aus den Händen geben wollen. Hätten sie nur einigermaßen politisches Anstandsgefühl besessen, so hätten sie sofort nach den Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen ihre Ämter zur Verfügung stellen müssen.

Neue Agitation gegen die Freiwilligenverbände.

durchziehen die Strohen und provozieren Streit. Schließlich mischt sich in das Gespräch ein junger Soldat mit Freiwilligenabzeichen ein. Er bekämpft den Wanderredner und wird dann langsam in die Defensive gedrängt. Schließlich bringt der Agitator sein Anlagematerial gegen die Freiwilligenverbände vor und, schreibend durch die Wunde der Beweise erdrückt, fängt nun der junge Soldat an, 'Erfüllungen' zu machen, die natürlich von Anfang bis Ende erfunden sind, um Stimmung gegen die Soldaten zu machen.

Blühlichklappe säuberte sie das Geschwür, schickte die Teller in schrägen Reihen auf, holte sie dann Stück für Stück, drehte sie, wie eine Scheibe in dem von Feuchtigkeit getränkten Tuch und stapelte sie auf das Fensterbrett. Sie sang dabei, ganz leise, daß es nicht die Vorderseite dränge; mitten im Gesang und in Bewegung hielten ihr von Zeit zu Zeit die Augen an, ein paar mal war sie schon im Stürzen eingeschlagen, ein Häuflein Scherben lag ihr als Opfer dieser Bewußtseinsänderungen zu Füßen.

Das Wasser trat in kleinen Tropfen auf Piefels Stirn, wenn sie bedachte, was sich ihr morgen Vormittag zusammenbränge. Die weiße Bluse, die sie noch an ihrem Leib trug, es war ihre feinste, und sie hatte von dem Schweiß, der vor jeder Arbeit sickt, gelitten, wusch sie noch heute Abend aus, so wie die Gasse weggegangen waren; gepfiffen konnte sie erst morgen werden. Und das Haarbrennen, Fräuleins Raschenden machte so schöne tiefe Wellen, und eine feine Worte an den Rock genügt, und die Blume, die das Fräulein gestern weggeworfen hatte, auf den Hut garnieren. Ach, was hatte sie nicht alles noch zu tun, und ehe man sich umsä, schlug die Glode zwei und dann...

Die Kiese und der Peter Strauß haben auf demselben Gut gedient, in ihrem Heimatdorf, er bei den Pferden, sie im Hause, seit einer Woche fährt er den Wagen einer Berliner Brauerei, und morgen Schlag zwei Uhr kommt er, um sie abzuholen. Oh Gott, oh Gott — es wird die Sonne scheinen, sie werden Hand in Hand am Dundelehler See spazieren gehen, sie werden sich, das Feuer tief tiefen die spröde ungeschickte Haut hinout, im Wald an einer stillen Stelle niederzucken, und abends wird sie mit ihm tanzen; der Peter, der versteht, der sagt zu und drückt und wird nicht müde. Der Teller, den sie in den Händen hält, tut vor Freunden einen Sprung, so häßlich hoch! Sie ihn an ihren Hüften, er küßt ein Stück seiner Bergabteilung ein, als sie ihn bestig westellt, um die Lode des Eimergründchen aufzuziehen. Große Buchstaben sind ungeschickt auf Peters Postkarte gemalt, sie zu entziffern war nicht leicht gewesen.

Wenn schon! dachte Kiese, viel besser machte sie es selber nicht, und das Fräulein lachte sich oft beim Küchenbuchzusammenschlagen einen Akt. Immer lag ihr, Wegen dem Beschreibsel. Schreiben konnte bald ein jedes. Korische haben, keine aufpassen, wenn Rot am Mann ist, und das Herz am rechten Fleck. Darauf kam es an. Ohne dem taugte das ganze Leben einen Dreck.

Scheinwerfer des Geistes in die Augen der Lebendigen geworfen. Des Publikums beraubt, des Anreizes, den Bürger zu verblüffen, schien ihnen ihre Rolle sinnlos; eben noch Abgesonderte, Herrschaften, die in einem unterirdischen verdolerten Park spazieren gehen, indessen die Ausgeschlossenen neidisch durch die Gitterstäbe gucken, waren sie jetzt nicht, als eine Anzahl Jedermanns, eine Gruppe Leute von dem nämlichen Metier.

Aus der Müdigkeit, die ihre Reden schlaffte, trotz ein schwerer Brodem in ihr Horn und betäubte, was ihres Schaffens Nahrung war, das Vertrauen zu sich selbst. Traurig wurde ihr Gemüt, ein Schauspiel der Entmutigung, die Schwermut des an der Wichtigkeit seiner Berufung irrewerden vergiftete ihr Herz, verdeckte es wie eine Sende, die den anderen zu verhalten doch jedes einzelnen Bemühung war. Unertüchlich war in diesem Zustand das Zusammenstehen mit feinesgleichen; denn was die Hoffnungslosigkeit des Zustandes noch vertiefte, war der Gedanke, daß vielleicht der Nachbar schmeigelt, indessen man Entbehrung lit, daß keine Phantasie, von einer Eingebung leuchtet, vielleicht in diesem Augenblick den Keim empfing, der sich ihm entfalten, ihm zu Erfolgen reifen werde. Ein Deana um sich zu schmecken erwarb sie, die Luft, sich selbst zu geißeln und mit den Spießen den ändern zu verwunden.

Mit welchem Recht dünkte man sich mehr als die Zwemmenschen, über die man sich erhob? War es nicht würdiger, hinter Vörsensdranken oder vor den Hauptbüchern zu stehen, als mit Einfällen zu handeln, mit Sentimenten, mit eignen und mit fremden, mit Schamlosigkeit und mit Uebertreibung. Wie Augen gegen die eigene Brust gerichtet, abstrahlen und den Gegner treffen, sog der Dohn umher. Gab es noch eine Kunst aus erster Hand? Lag irgendwo im Reich der Poesie noch braches Land? War nicht schon alles gefät, geerntet, eingebracht? Ein Königreich für einen unbesetzten jungfräulichen Stoff.

Es ging ein großes Rorden der Motive an. Soziales Mitleid. — Desiphscher auf offene Wunden. Religion — Privatangelegenheiten fanatischer Selbster. Romantik — Artistenmode, herrlicher Wlaktich der Vergangenheit. Die Ohnmen auf die Gegenwart und ihre abenteuerlichen Möglichkeiten — Publikumsbawernfang. Die-Carter-Presse. Wirklichkeitsbeschreibung was gemein, Symbolist, der Zufundst-ert der Impotenten. Mit klaffen Lippen schmächten sie die Liebe: sentimentalzer Stiff, gerade gut genug für Familienwochenblätter. Draußen in der Küche konierte das junge Dienstmädchen, die Kiese, an dem Abwaschlafen. Unter dem harten weißen Licht der

Opernhaus
Neu einstudiert!
Die Zauberflöte.
Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus
Peer Gynt.
Anfang 7 Uhr.
Deutsches Theater.
Abend 8 Uhr.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr zum ersten Male:
Eifersucht.
Theater des Westens
Abend 8 Uhr.
Königgrätzerstraße
Mittwoch: Erdgeist.
Donnerstag: Musik.

Leering-Theater
Sommerzeit.
Central-Theater
Kommantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Schöne von Allen.
Deutsches Opernhaus
Figaros Hochzeit
Friedr.-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Kümmelblütchen.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmadel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.
Metropol-Theater.
7 Uhr 10: Die Fäsekingsee.
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.

Bezirksverband Groß-Berlin (S. P. D.)
Berlin W. 9, Bellevuestr. 7.
Sonntag, 8. Juni (1. Pfingstfeiertag)
morgens 6 Uhr:
Großes Frühkonzert
im „Sprezeit“ (Kistenmacher)
am Tiergarten, Hinter den Zelten, Portal 3
Reichhaltiges Programm. Eintritt 50 Pf.

APOLLO-THEATER
Dir.: James Klein,
Friedrichstraße 218.
7 1/2 Uhr: Sonntags 3 1/2 und 7 1/2
Gastspiel
Anton Herrnfeld
Wer ist der Vater?
Vorher erstklass. Spezialitäten. Rauchen gestattet!
Sonntag 3 1/2 Uhr jeder Erwachsene 1 Kind frei

WOMAG
Lastkraftwagen
Voßländische Maschinenfabrik A.G.
Plauen V.
Verkaufsbureau für Berlin und Provinz Brandenburg:
Berlin W 66, Leipziger Str. 123a, Ecke Wilhelmstr.

Komödienhaus
an der Merschallbrücke
8 Uhr: Der Feinderrügel.
Donnerstag 7 Uhr: Z. I. Male:
Liselet von der Pfalz.
Lustspiel in drei Akten und
einem Vorspiel von Rudolf
Preubler u. Leo Walter Stein.
(Ludie Höflich, Luise Hartau,
Leonhard Haeckel, Hellmuth
Balke, Ernst Behmer, Olga
Engel, Ellen Herz, Heubert
Kiper, Jenny Marbo, Felix
Rosert, Alled Scherzer,
Heinz Stedde, Hans Tilo.)
Berliner Theater
Zum 200. Male!
7 1/2 Uhr: Sterne,
die wieder leuchten.
Titanon-Theater.
Bbl. Friedrichstr. 219.
Tilg. 8 U. Heute z. 270. Male:
Der gute Ruf
Schauspiel von Sudermann.
Sonntag 3 U. Hensel u. Gretel.
Sonntag 4 U. Johannistag.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die kleine Sklavin.
Circus
Busch
Heute Circ.-Progr. Tänze
7 1/2 Uhr
Ela Fest u. d. Stiergefecht.
7 1/2 Uhr:
Ringer-Weltstreit
Wiederaufnahme des
Entscheidungskampfes:
Burgasoff-Rußland
gegen Urbach-Köln.
Ferner sind zu ringen
beim:
Strenge, Weismair, Bert,
geg. Pawlowicz-Serbien
und im Wettbewerb für
Mittelgewichte und dem
Wandschneiderpreis von
4000 M. u. Hermes-Statue.
Stadt-Bremen
gegen Mehrmann-Berlin

MARMORHAUS
Kurfürstendamm 236
Direktion Siegbert Goldschmidt
Heute Uraufführung:
Der Verführer
Drama in 4 Akten von
Joseph Pakots
Außerdem:
Der urkomische
Max Linder
in der Humoreske
Max gegen den Detektiv
Nic Winter
4 5 30 7 8 30

Film-Palast
Kellers Festsäle, Koppenstr. 29
Direktion: J. Werner.
Heute bis Donnerstag 5. 6. 19:
Die Prostitution
Sozial-hygienisches Filmwerk in 7 Akten.
Außerdem:
Drei Kreuze
mit Eva Speyer und Friedrich Zehnick.
Voranzeige. Vom 6. bis
12. Juni:
Veritas vincit (Die Wahrheit
siegt!)
Rennen
zu Berlin-Grünwald
4. Tag: Dienstag, 3. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr
8 Rennen im Werte von M. 142 000.— u. a.:
Kannibal-Rennen, 50 000 Mk.
Verkehrsverbindungen:
Vorortzüge bis Bahnhof Rosenthal, Untergrundbahn
bis Bahnhof Reichskanzlerplatz, Straßenbahnen D
und U bis Bahnhof Herstraße etc.

Artillerie-Mehrtrupp 1
Beständiger
Porzellanzentrum, Ulls. u. Rosenkranz.
Echtmetall- oder Stahlmetall
Beobachter, Messer, Feinwerk usw.
Trigonometrie,
Schnurmaß, Band-
wert, Zirkel u. dgl.
Verlässliche Fertigung für Grenzgebiete.
Schloß-Platz 4

Berliner Prater
7 1/2 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen.
Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

4-6
Freikonzert
Wiener
Praterleben
im Clou
Mauerstr. 82.

Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 3
Jeden Dienstag,
Mittwoch, Donner-
tag und Sonntag:
Gr. Ball
Sonntags Anfang 2 Uhr, wöchentliches Anfang 8 Uhr.

Heringsdorf
See- und Solbad
Der von der Natur mit Hochwohl am meisten bevorzugte
Badeort der Ostsee — Kurmusik.
Ankunft kostenlos durch die Kurverwaltung oder durch
das Gemeindeamt.
Kurzeit 1. Juni bis 30. September.

Photo-Apparate
Objektive Mikroskope
Sg. Leifengang
Berlin, Schloß-Platz 4

Das goldene Buch des Weibes
Inhalt: Wie erhalte ich meine Schönheit? — Warum
verfallen so viele Frauen im Alter? — Pflege u. Er-
haltung der Schönheit. — Die Bedeutung der Ehe für
das Leben. — Die Bedeutung der Kindheit für das
Leben. — Die Bedeutung der Jugend für das Leben.
— Die Bedeutung der Ehe für das Leben. — Wie erlangt
man eine gesunde Kinder? — Die Bedeutung der Ehe
und der Eheliebe. — Preis 6.—, gebunden 4.—
Oranien-Verlag, Oranienburg 02.

METROPOL
KASARETT
DEHNENSTR. 55
Paul Steinitz
Hilma Beverly
Pritz Berger
Klara Ross
Lachpöten-Wolf
Lassl u. Acual
Hans Eiser
Franz Komahn
Mia Renard
Adolf Kernbach
Am Flügel: Henschel
Cont: Flator
Cygyl: Konzerte

BRAUNES
DIELE
ALEXANDERSTR. 55
Lachpöten-Wolf
Hans Garel
Karl Stör
3 Schwesera Lück
Alfred Junken
Mary Walter
Rosal Körner
Am Flügel: Sawade
Cont: Helmsius
Ebener • Konzerte.

Viktoria
Café und Diele
Unter den Linden 40 • Ecke Friedrichstraße
Café: Konzerte Rudolf Weintraub
Viktoria-Diele: 1. Stock zum 5-Uhr-Tea u. abends
Kapelle Schotter und Kapelle Makowski
Treffpunkt aller Fremden

Reparaturen an Schreibmaschinen,
Rechenmaschinen,
Cosmos
Linziger
Str. 23

B.T.D.
Potsdamer Str. 58
Turnstr. 12
Die Prostitution
6 Akte von
Rich. Oswald.
Alexanderplatz-Passage.
Henry Porten
in: Ihr Sport.
Friedenau, Rheinstr. 14
Bruno Kastner
Die goldene Lüge.
Admiral-Palast
Täglich 7 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neue Ballotte
im Gespensterschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Revue
Admiral-Kino.
Ihr Sport
Henry Porten.
D. Herrenschilderia

Das Ausland.
Wochenblatt f. Internat. Polit.
Dr. jur. D. Arvanitinos.
Was den Inhalt der neuen
Verordnungen Nummer 10:
Der „Belagte des Friedens“,
Die Türkei und der Frieden,
Das russische Verbot,
Auslandskorrespondenz,
Internationale Tagungen
und Ereignisse.
Die Welt des Auslandes,
eine umfassende Zusammen-
fassung der Tagespresse mit
Quellenangaben.
6000
zu beziehen durch alle deutschen
Buchhandlungen und Verlagsan-
stalten.
Wochenblatt VI.
Bezugspreis, 4. Halb. B. 2.50.

Spezial-Abteilung
Uniformen färben, in Rivit umarbeiten
in schwarz, braun, blau, grün, in 3 Tagen
Wenden, Umarbeiten, Renarbeiten
von Herren- und Damenrocken in 3 Tagen.
Stoffneuhheiten, Stoffausstattung.
Außerdem wird jeder Artikel in 6 Tagen geliefert.
Zwischenzeiten in 48 Stunden.
Basch & Buczowski, Friedrichstraße 53 I.

Trauringe
Dukatengold 900
14 Kar. Gold 585 gest., 8 Kar. Gold von 19,75 M. an
Verkauf direkt an Privat
Trauring-Fabrik
Weinstock G. m. b. H.
Zentrale: Mohrenstraße 16
am Untergrundbahnhof Friedrichstraße
Alexanderstraße 14a nahe Jannowitzbr.
Charlottenburg, Fritschestr. 55 nahe Kantstr.
Achtung! Geöffnet 9-6. Kein Laden!

Brillanten Juwelen
Berlen
Südweststr. 123, Ecke Nalep 5. Laden
gegenüb. d. Weststr.-Eck.
Perserteppiche, Perserbrücken
kaufen zu noch nie dagewesenen Preisen
Nagoschiner, Charlottenburg
Wallstr. 18, Wilhelm 7287. 11351.

Keine Wanze mehr
nur mit Kammerjäger Bergs Nodda u. N. zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Bräunung.
Erfolg verbilligt. Kinderleicht anzuwenden. Gesichts-
geschützt. Doppelpaket M. 2.— Ausreichend für 1 bis
3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim.
Bei Elms von M. 2.40, oder Postcheckkonto Berlin 31 250
portofr. Zus. durch Herm. A. Grosse, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Pumpen
für jeden Zweck und
Größe, kleinste Hand-
pumpen zum Selbst-
aufstellen, nach kosten-
losen Anleitung,
fachmann. Rat.
Altes Spezialhaus
Viele Anerkennung.
Carl Köhlin & Co.,
Berlin SW 48,
Alte Jakobstr. 24/22.

Keine Wanze mehr
nur mit Kammerjäger Bergs Nodda u. N. zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Bräunung.
Erfolg verbilligt. Kinderleicht anzuwenden. Gesichts-
geschützt. Doppelpaket M. 2.— Ausreichend für 1 bis
3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim.
Bei Elms von M. 2.40, oder Postcheckkonto Berlin 31 250
portofr. Zus. durch Herm. A. Grosse, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Künstliche Zähne
in eleganter, moderner Ausführung! Goldkronen!
Zähne ohne Platte! Plomben! Zahnziehen m. Betäub.
Teilzahlung wöchentlich, monatlich.
Umarbeitung aller Gebisse und Reparaturen sofort!
Zahn-Praxis M. Löser, Brunenstr. 185
zwischen Rosenthal Pl. u. Invalidenstr. Spr. 5-1, 3-7, Sonnt. 9-12

Kinderehrerheim Götzen auf Mügeln
Wohlfahrtseinrichtung des Vereins für
Kindervolksküchen u. Volkshörhorte.
Grgr. 1908.
Eröffnung am 15. Juni.
Anmeldungen und nähere Auskunft im Vereins-
bureau, Mügeln-Platz 4, Abteilung Jugend-
fürsorge, vormittags 6-1 Uhr.
Der Vorstand des Vereins für Kindervolksküchen
und Volkshörhorte, Berlin, E. V.
Hermann Abraham, Vorsitzender.

Seide

Waschvolle, weiß mit Streifen
in lustigen Sommerfarben
ca. 115 cm breit

29.50

Leinengabardine in wunder-
vollen Farbentönen, für Sommer-
kleider, 110 cm breit

32.50

Seide in 6 Filialen
Blusen und Kleider:
Leipziger Straße 65
Tauentzienstraße 20

Leiser



Blusen

Moderne Schoßbluse aus
glattem weißen Vollaile mit
Hohlsaum und reicher Seiden-
stickerei

85.00

Kleider

Dufliges Kistekleid, Voll-
volle mit farbiger Kunststickerei
und Handhohlsaum, besonders
hübscher Schnitt

245.00

Sozialdemokr. Verein
Berlin.
(S. D. D.)
Abteilung II.
Aus Vereinstreffen die
kommende Vierteljahrs-
versammlung, das
unter Vorsitz
Richard Patzker,
Diplom-Ingenieur,
am 24. Mai d. S. ver-
samlet ist. 1919/20
Die Besetzung findet
am 3. Juni, den 2. Juni,
nachmittags 4 Uhr, von
der Geschäftsstelle des V.
in der Friedrichstraße, 101
Die Besetzungsführung.

Sängerchor Vorwärts
548. Ost.
H. d. A. S. B.
Am 18. Mai verband
sich unser Inneklub mit
dem der 1. tenar Sanges-
verein. 24. 1919
Richard Patzker,
Diplom-Ingenieur
hat ein Ehren-
amt übernommen.
Stimm führt der Sänger.
Die Besetzung findet
am 3. Juni, den 2. Juni,
nachmittags 4 Uhr, von
der Geschäftsstelle des V.
in der Friedrichstraße, 101
Die Besetzungsführung.

Wie Sie uns beim Tod
des Mannes, welches unsere
Widwe, Witwe und Kinder
Karl Koip,
Widw. des Mannes
am 24. Mai 1919.

Donnerstag.
Wie Sie dem 1. der
Besetzung der
Widwe, Witwe und Kinder
am 24. Mai 1919.

Wo ein Wunder
Das ist die
Berlin 213, Leipziger
Straße 74 (in Dönhofspl.)

Dr. Wegscheider's
Brust- u. Tropfen
Berlin 213, Leipziger
Straße 74 (in Dönhofspl.)

125 Jahre lang
Berlin 213, Leipziger
Straße 74 (in Dönhofspl.)

Soziald. Verein Berlin S. D. D.

Große öffentl. Frauenversammlung

am Mittwoch, den 4. Juni, abends 7 1/4 Uhr,
in den Bücher-Beständen, Blücherstr. 61.

Tagungsordnung:
I. Die Frauen und die Politik. (Stellung der Frauen zum
Lebenserwerb.) Referentin: Stadtm. Wedger, Referent:
II. Disposition. 1919/20
Um zahlreiches Erscheinen bitten
Die Abteilungsleitung.

Verband der Tapezierer

Filiale
Berlin.
Am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 3 Uhr,
in der großen Saale des Gewerkschaftshauses:
Mitgliederversammlung.
Tagungsordnung:
I. Der Stand unserer Bewegung.
II. Disposition.
Alle Mitglieder müssen anwesend sein.
Die Ortsverwaltung.

Pharus-Sale, Müllerstr. 142

Was bringt uns Versailles?

Drei Vorträge zum Frieden
Leiter: Hermann Koch.
II. Vortrag: Mittwoch, den 4. Juni, 8 Uhr
Deutschlands Friedenspolitik
Referent: Rudolf Sternfeld-Stellkamp.
III. Vortrag: Donnerstag, den 5. Juni, 8 Uhr
Pläne zum Völkerbund
Referent: Dr. Raths. 20205
Einstritt frei! Vortragsammlung zur Ordnung der Rollen.

Zähne von 3 M. m. echt. Friedens-Kautschuk, Gold-
an Kronen, Brücken, Plomben, Umarb.
schlechtsitz, Gebisse u. Reparatur, so-
fort. Zahnziehen in Betäubung. Billige Preise ev. Teilzahlung.
D. A. Löser jr., nur Wasserstraße 3, nahe Friedrichstr. 9-7, Sonntag 9-1

Keine geahnte Erwerbs- Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft.
Eine tiefgreifende Änderung
unseres gesamten Wirtschafts-
lebens, ein gewaltiger Um-
schwung unserer Industrie
und des Handels steht be-
vor und es werden überall

geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer
Berufe u. Handwerker sollen
nicht versäumen, ihre Kennt-
nisse und Fertigkeiten der
kommenden Zeit anzupassen.
Um teilzunehmen an dem
wirtschaftlichen Umschwung,
der naturgemäß das Ergeb-
nis der neuen Zeit sein
muss. Das beste Mittel,
rasch und gründlich, ohne
Lehrer, durch einfach. Selbst-
unterricht eine gründliche
Ausbildung in technischen
Wissenschaften zu erwerben,
sind die technischen Selbst-
unterrichtswerke „Syst. Kar-
nack-Hachfeld“, 50 S., starke
Broschüre kostenlos.
Bonnes & Hachfeld, Potsdam
Postfach 167.

Kaufe nur 3., 4. u. 5. Juni,
10-6 Uhr, im Hotel Nord-
licher Hof, Invalidenstr. 130,
zu sehr hohen Preisen

alte Gebisse

in Kautsch. Gold u. Metall.
3200 Frau C. Willig.

Blüthner-Piano

wie neu, 2150 M. Quecidi-
Piano sehr billig.
Pianospeicher
Alexanderstr. 37 (Hitz-Platz).

W. Schröder Möbel-Fabrik

Berlin SW., Lindenstr. 11/12
Fernspr.: Moritzpl. 1426
— Gegründet 1877 —

bekannt, reell und preiswert, empfiehlt
Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage

Besondere Vergünstigung:
Fabrikpreise, franko Lieferung auch
nach auswärts, 3jähr. schriftl. Garantie



Preussische Lebens-Versicherungs- Actien-Gesellschaft zu Berlin

Gegründet 1865.
Geschäftsstand Ende 1918.
Neue Anträge in 1918 M. 25.439.854
Versicherungsbestand 321.039.711
Versicherte Jahresrente 3.023.655
Gesamtvermögen 113.942.207
Bisher. Zahlungen an Versicherte bzw. deren Hinterbliebene 154.961.433
Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen jeder Art auf das
menschliche Leben gegen mäßige Prämien und unter günstigsten
Versicherungsbedingungen.
Nähere Auskunft bereitwillig und kostenfrei durch die
Direktion, Berlin W, Mohrenstr. 63,
sowie durch alle Generalagenturen und Agenturen.
Haupt-Vertreter für Berlin:
Bruno Dietrich, W 8, Mohrenstr. 62, Eing. Kanonierstr.
Julius Frank, W 30, Heilbronner Str. 10.
Max Horstmann, O 112, Döhringer Str. 13.
Jacques Kochmann, W 39, Bamberger Str. 22.
Leopold Meenen, SW 68, Kochstr. 34a.
Herrmann Wiener, W 66, Wilhelmstr. 43.
Agenten und stille Vermittler
finden unter günstigen Bedingungen Anstellung.

Am Pfingstsonnabend, den 7. Juni 1919, bleiben
unsere Geschäfte und Wechselstuben in Berlin und Vororten mit
sämtlichen Kassen geschlossen.

Nur für die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an
Generalversammlungen, sofern es sich um den letzten Tag der
Hinterlegungsfrist handelt, und für Wechselzahlungen wird im
Hauptgeschäft ein Schalter von 10 bis 12 Uhr vormittags ge-
öffnet sein.

Berlin, den 30. Mai 1919.
Bank für Handel und Industrie.
S. Bleichröder.
Delbrück Schickler & Co.
Direktion d. Disconto-Gesellschaft.
Hardy & Co. G. m. b. H.
Mitteldeutsche Creditbank.
Berliner Handels-Gesellschaft.
Commerz- und Disconto-Bank.
Deutsche Bank.
Dresdner Bank.
Mendelssohn & Co.
Nationalbank für Deutschland.

Ankauf Verkauf
**Alt-kunst-
G.M.B.H.**
Berlin, Wilhelmstr. 403
Antiquitäten
Möbel-Porzellane
Gemälde-Gobelins
Kostenlose
Schätzung
guter Stücke
Telefon 3495
Zentrum

Futterhäcksel
habe ab meinem hiesigen Lager wieder
laufend abzugeben. Berlin W 62
Arthur Schütze, Wittenbergplatz 2
Telephon: Amt Steglitz 10311.
Vertreter für Groß-Berlin gesucht.

Billiges Möbelangebot
wegen Aufgabe der Fabrikation.
Herren-, Speise- und Schlafzimmer
von einf. bis reichhalt. Ausführung direkt an Private
zu Fabrikpreisen.
Kuhn & Co., Möbelfabrik-Lager
Breitestr. 29, gegenüber Rudolf Hertzo.

Für ein neugegründetes Parteiblatt in Gumb. in Ost-
preußen wird mit Antritt zum (ersten) 1. Juli d. J. ein
erster politischer Redakteur
gesucht. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert, welche
in der allgemeinen sowie in der Kommunalpolitik durchwegs er-
fahren ist. 1919/20
Ausbildung nach den Bedingungen des Vereines Arbeiterpartei.
Besprechungen am Jul. Meyer, Bezirksparteiämter,
Köpenicker Damm, 76.
Größere Versicherungs-Ge-
sellschaft sucht sofort Belegling
mit besserer Schulbildung und
guter Handschrift. Sofortige
Beschäftigung, geistliche Aus-
bildung. Selbstständiges Ein-
gehoben an die Grsch. des „Sturm-
erben“ unter N. 24. 20054

Böhmer
Kotte Hühner, Anden erweist
dauerhafte Beschäftigung bei
Hessow, Bülowstraße 61 II.

Weibliches Personal
für Hotel, Restaurant u. Café
vermittelt nur Arbeitsnachweis
der Stadt Berlin, Abteilung
Sozialversicherung, Referat für
Arbeitsnachweis, 129/16.
Schönhaferstr. 1, 2. Hof 373.
Belleallianceplatz 5, 1. Hof 1403.
Rappentierstr. 1, Alexander 2230.
Königsplatz 1, 1. Hof 913.
Königsplatz 6, Norden 2493.
Geöffnet 8-12.

Pro Domo Akt.-Ges.
Str. 1900. — Str. 1901.
— Verkauf —
Haus: Berlin - Köpenick.
Mieten: 31.500 M., —
Preis: 320.000 M.
Haus: Banowitzer Weg.
Mieten: 26.200 M., —
Preis: 375.000 M.
Haus: Stahlpark Schöne-
berg. Mieten: 24.000 M., —
Preis: 300.000 M.
Sowie andere preiswerte
Objekte in guten Verkehrs-
lagen. Selbstlief. Kücherei
Pro Domo Akt.-Ges.
Leipziger Str. 30.
Verf.: 10-12. 4-5 Uhr.

Pelze
Wald-Blau-Kreuzstubs
gegen bar und erlichterte
Zahlungsbedingung.
Briele erbeten. Polshan
ABUCCO
Berlin SW 19

Stoffe
für
Damen-Kostüme
Meter 20-, 30-, 40-, 60-
Herren-Anzüge
Meter 50-, 60-, 70-, 80-
Tuchlager
Koch & Seeland
G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21
Verkaufszeit v. 8-2 Uhr.
Große Auswahl in:
Ruhigem Wohnzimmern,
mit Schränken, Vertikals,
Büchereien, Truhen,
Hafelbehälter, Wäsche-
kabinen, Nachtsch. u. m.
Billigste Preise!
Besichtigung lohnt.
Möbelhaus Osten
nur 30 Wundtstr. 30.

Grundrechte und Räteystem vor dem Verfassungsausschuss

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung hat heute mit der ersten Lesung der Verfassungsvorlage beschlossen. Die Parteien haben sich wegen des ausserordentlichen Drucks in der Beratung ihrer Entwürfe auf das äußerste beschränken müssen. Von dem Entwurf standen nach den Besonderen Beratungen noch aus der siebente Abschnitt, welcher die Reichspflege behandelt und der Abschnitt, der sich über die Grundrechte des deutschen Volkes bezieht. Die Reichspflege wurde in kurzer Beratung erledigt. Aus ihr ist nur zu erwähnen, daß neben dem Zentrum auch die Demokraten für die Aufrechterhaltung von Kriegsgerichten und Stadtgerichten sich ausgesprochen und infolgedessen einen sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung dieser Ausnahmegerichte abgelehnt haben. Im übrigen sollen die Richter auf Lebenszeit ernannt, unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen sein. Der Schlussatzel dieses Abschnittes bestimmt die Errichtung eines Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich. Bis zu dessen Inkrafttreten werden seine Befugnisse von einem Senat des Reichsgerichts ausgeübt werden. In 57 Artikeln werden die Grundrechte des deutschen Volkes vom Unterausschuss fixiert. Die 57 Artikel behandeln:

1. Die Grundrechte und Grundpflichten der Person.
2. Die Grundlagen des Gemeinschaftslebens.
3. Die Grundrechte und Grundpflichten in bezug auf Religion, Religionsgesellschaften und Schulen.
4. Die Grundrechte und Grundpflichten auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens.

Die Grundrechte und Grundpflichten der Person sprechen aus, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich

sind, daß Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben, daß öffentlich-rechtliche Vorkrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes nicht mehr bestehen, daß Titel nur zur Bezeichnung von Amtsstellen bestehen werden. In diesem Artikel stellt die Sozialdemokratie den Antrag, daß der Adel abgeschafft werden solle. Der Antrag fand nicht die Mehrheit des Ausschusses, weil die Demokraten ebenso wie das Zentrum sich für die Beibehaltung des Adels ausgesprochen und demgemäß abstimmen.

In einem weiteren Artikel wird bestimmt, daß die Deutschen in jedem Lande des Reiches die gleichen Rechte und Pflichten haben wie die eigenen Landesangehörigen. Ein weiterer Artikel sichert die Freizügigkeit im ganzen Reich. Ein Antrag Gröber (Z.) wurde angenommen, wonach

kein Deutscher wegen politischer oder gemeiner Vergehen an eine ausländische Regierung ausgeliefert

werden darf. Die Pressefreiheit wird gesichert durch einen Artikel, der da sagt, daß jeder Deutsche das Recht hat, durch Wort, Schrift, Bild oder Bild seine Meinung innerhalb der Schranken der guten Sitten zu äußern. Die sozialdemokratischen Vertreter wollten hier den Ausdruckbegriff der guten Sitten streichen wissen, aber die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses ging auf diesen Antrag nicht ein.

Eine Zensur findet künftig in Deutschland nicht mehr statt, doch können durch Reichsgesetz Bestimmungen über Verlegung von Schutzrechten unter Hinsetzung künftiger und ersicherlicher Sachverständiger getroffen und auf Grund derselben Verbote erlassen werden.

Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wird im weitesten Maße gewährleistet. Die Sicherung der Wahlfrei-

heit und des Wahlgeheimnisses wird durch die Verfassung garantiert.

Den Beamten wird ein besonderer Artikel gewidmet; Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetzgebung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen.

Die Anstellung der Beamten erfolgt auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz ein anderes bestimmt ist. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung werden gesetzlich geregelt. Gegen jedes Disziplinarerkenntnis muß eine Beschwerdeinstanz eröffnet sein.

Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.

Am interessantesten und wichtigsten waren die Debatten über den sogenannten Rätegedanken. Inzwischen hat auch der Staatsrat sich mit dem Rätegedanken in einer Vorlage beschäftigt, so daß bei den Beratungen von heute vormittag ein Entwurf der Reichsregierung zugrunde gelegt wurde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Graubner trat in längerer Rede den sozialdemokratischen Standpunkt zum Sozialismus. Er empfahl im Namen der sozialdemokratischen Vertreter eine Reihe von Abänderungsvorschlägen, die zum großen Teil angenommen wurden, so daß der Rätegedanke in der Verfassung am Schlusse der ersten Lesung in der folgenden Form fixiert worden ist: Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die betriebsseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in den Betriebsarbeiterräten, sowie in nach Wirtschaftszweigen gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben und zur Vertretung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volksschichten zu Wirtschaftsräten zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die

ebenfalls wie Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Er kann dazu Vertreter abordnen, die wie Vertreter der Länder an den Verhandlungen des Reichstages teilnehmen können.

Den Provinzial- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reiches.

Mit der Annahme dieser Fiktion der Rätegedanken und einer Bestimmung über die Sozialisierung, die sich im Rahmen des Sozialisierungsgesetzes hält, schloß die erste Lesung der Verfassungsvorlage heute mittig ab. Die zweite Lesung beginnt Dienstag nachmittag.

haben Arbeit wieder zu besorgen. Für die angekündigten Verbesserungen im Personen- und Güterverkehr können wir nur dankbar sein. Man sollte den Handel mit leichtverderblichen Nahrungsmitteln endlich freigegeben, damit würde

eine Anzahl von Omnibusreisenden aus der Welt geschafft. Unter dem Mangel an Transportmitteln leidet besonders die Landwirtschaft. Die gute alte Zeit, in der das Reisen eine Annehmlichkeit war, kann und wird wieder kommen, wenn das Personal sich auf die alte Pflichtauffassung zurückbesinnt. Die Abschaffung der Akkordarbeit hätte ich für einen volkswirtschaftlichen Fehler.

Abg. Schmedding (Zent.): Preußen befindet sich mit seinem Eisenbahnen in einer verwickelten Lage. Es kann jetzt nur darauf ankommen, die Mittel und Wege ausfindig zu machen, um eine Besserung herbeizuführen. In diesem Zweck beauftrage ich die Ueberweisung der zu der Anlage Garnisch gestellten Anträge an den Haushaltsausschuss.

Abg. Rehrhoff (L. Soc.): Eine gesunde Lohnpolitik schafft man nur, wenn man die richtigen Voraussetzungen dafür schafft, und die deutschen in einer gesunden Ernährungspolitik. Der Forderungslautschon ist in unerhörter Weise von den

Kautschukern und Häderern des Schleichhandels ausgebeutet worden. Die verschiedenen Warenklassen sollte man doch heute im Zeitalter der Demokratie endlich aufheben.

Minister der öffentlichen Arbeiten Döber: Die vorgebrachten Wünsche werden sorgfältig geprüft werden, eine Reihe davon glaube ich erfüllen zu können. Ein Teil der Forderungen dürfte erfüllt werden, wenn sie im Sinne der Wirtschaftlichen Punkte auf volle Bequemlichkeit abgestellt werden, für uns erträglich sein; ein anderer Teil aber ist

vom Standpunkt meiner Verwaltung aus unannehmbar.

Was die Waffenstillstandsbedingungen über das rollende Material angeht, so möchte ich auf diese Frage nicht eingehen, um keine Möglichkeit falscher Schlussfolgerungen aufkommen zu lassen. Bei den Verhandlungen im Walde von Compiègne, soweit sie sich auf meine Verwaltung bezogen, ist kein Vertreter oder Kommissar der preussischen Eisenbahnverwaltung zugegen gewesen. (Lebhaftes Gekl. Höl.)

Aus Frankreich sind keine Lokomotiven zuzuführen. Wenn man sie uns anbieten sollte, weil man sie dort nicht verwenden kann, so möchten sie in demselben Zustande übergeben werden, in dem wir sie abliefern müßten.

Darauf werden die Anträge dem Haushaltsausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung stehen dann fünf Anträge über Lebensmittelfragen.

Abg. Lewes (Zent.) beantragt, sie dem Ausschuss für Handel und Gewerbe zu überweisen, damit endlich praktische Arbeit geleistet werde.

Es entspinnt sich über diese Frage eine dreierleiständige Geschäftsverhandlungssprache, an der sich alle Parteien lebhaft beteiligen. Es wird schließlich beschlossen, die Anträge vorläufig zurückzustellen.

Es folgt eine förmliche Anfrage des Abg. Dr. Voellig (D. Sp.) über ein Monopol von Schulbüchern.

Abg. Dr. Voellig (D. Sp.): Im „Berliner Tageblatt“ fand eine Nachricht, daß die Regierung eine weitgehende Monopolisierung der Schulbücher beabsichtigt. Als Ursache für die Absichten der Regierung soll der Wunsch nach einer Vereinfachung und Vereinfachung der Lehrbücher gewesen sein. Den wirtschaftlichen Bedenken stellen sich die Bedenken der Pädagogen. Die Erfahrungen in anderen Ländern verbieten eine Abschaffung der Monopolisierung in Deutschland. Eine besondere Gefahr der monopolisierten Bücher erblicken zahlreiche Eltern darin, daß in den Lehrbüchern der neuen Regierung schwächliche pädagogisch verbrüdernde Tendenzen auf Kosten des Sachgeschehens der pädagogischen und der deutschen Geschichte vorherrschen würde.

Kultusminister Graunig: Dem Gedanken der Monopolisierung stehe ich als Sozialdemokrat selbstverständlich jähwärtig gegenüber. Gegen seine Verwirklichung bestehen mir zunächst noch, ich betone noch, ernste Bedenken, wegen der gegenwärtigen Lage des Buchermarktes und der Schwierigkeit seiner Durchführung mit dem mir gegenwärtig zur Verfügung stehenden Behördenapparat. Ein freier Ausschuh der Pädagogen aller Richtungen wird vermuthlich noch im Laufe dieses Sommer eine Durchsicht der Lehrbücher vornehmen. Es werden jetzt schon Grundzüge für diese Reinigungsarbeit aufgestellt, und ich vermute, daß sie mit grüßter Beschleunigung vollzogen wird. (Beifall links.)

Auf Antrag des Abg. Adolf Hoffmann tritt das Haus in die Besprechung der förmlichen Anfrage ein. Abg. Wintermann (Zent.) wendet sich gegen die Monopolisierung, da die Schulen nicht Gewerks-, sondern Bildungsanstalten seien. Die andauernden Neuauflagen, deren Anschaffung bisher den Schülern und den Eltern aufgezwungen wurde, sind ein schwer empfundenen Uebelstand. Im Namen des Zentrums habe ich die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß das Zentrum sich mit aller Entschiedenheit gegen ein Büchermonopol stellen wird.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soc.): In den Ausführungen des Abg. Voellig ist uns aufgefallen, daß er sich gegen die Völkerverbrüderung wendet und darauf auf Schwächlichkeit unseres Volkes schließen will. Wir meinen, daß sich gerade die Kraft eines Volkes nicht überzeugender kundtun kann, als in der Begleitung anderer Völker und der Förderung von Tendenzen, die Völkerverbrüderung hervorruft. Wenn der Minister meint, daß ein Büchermonopol mit dem ihm zur Verfügung stehenden bürokratischen Beamtenapparat nicht durchzuführen kann, so muß möglichst bald dessen Umwandlung in eine mit dem Leben zusammenhängende Verwaltung vorgenommen werden. (Der Kultusminister Graunig nicht zustimmend.) Gewiß ist uns für unsere Kinder das Beste gerade gut genug.

Was das Niveau der Schulbücher braucht doch nicht zu finden, wenn ihre Herstellung unter staatlicher Aufsicht durch ständlich Beauftragte vorgenommen wird. (Redakter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Adolf Hoffmann (L. Soc.): Vom Buchhandel wird jetzt ein schematischer Bucher getrieben. Man will die Schulbücher so wie sie sind beibehalten, weil man die Gleichschaltung und die Hohenzollernlegende aufrecht erhalten will. Herr Kultusminister!

Schmeißen Sie ein paar Tugend Weizenkörner heraus und stellen Sie dafür Samenkrüden und Pädagogen ein. Abg. Rippel (Nat. Sp.): Die Sozialdemokraten wollen eine Anhebung und Bürokratisierung des Geistes. Geben Sie Gedankenfreiheit! Befreit ist die Zersplitterung des Schulbuchwesens und die herbe Bevorgung einzelner Firmen.

Abg. Iradaulen Buchmann (D. Sp.): Was wird aus den monopolisierten Schulbüchern, wenn die Regierung wechsell? Wir sind gegen dieses Monopol. Das deutsche Schulbuch soll sein das beste Schulbuch der Welt in der Schlichtheit der Uebersetzung, in der Bemerkung der wissenschaftlichen Erkenntnis, in der Ruhezügigkeit seiner Ausstattung. (Beifall.)

Abg. Degnerhardt (Dem.): Auch in dieser Frage muß Freiheit in weitestem Umfange oberstes Prinzip sein. Wöge der Minister beschwören wollen auf die Lehrer, die jetzt an der Heranbildung des künftigen Geschlechtes zu arbeiten haben.

Abg. Adolf Hoffmann (L. Soc.) setzt sich mit dem Abg. Rippel über die Interessen des Schulbuchhandels auseinander. In die Kommissionen müssen auch noch weitere Auffassungen miteingebracht werden. Der Redner verlangt neue Richtlinien für die Pädagogik. (Große Heiterkeit links.)

Damit ist die Besprechung erledigt. Schluß 15 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Meine Anträge, Steuerentwürfe, Wohlfahrtsministerium.)

Der sozialdemokratische Bezirksvorstand gegen die Militär-Uebergriffe.

Der Fall Vogel. — Die Versammlungsausschüsse.

Der Vorstand des Bezirksverbandes nahm am Sonnabend den 31. Mai Stellung zu den Vorgängen der letzten Zeit, bei denen die freiwilligen Truppen eine Rolle spielten und nahm einstimmig folgende Erklärung an:

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D. nimmt mit größter Entrüstung davon Kenntnis, daß unter offener Mißbilligung amtlicher Militärpersonen der unter Vorberdacht inhaftierte Oberleutnant Vogel aus dem Gefängnis entlassen konnte. Er verlangt, daß die Regierung die Untersuchung dieses skandalösen Vorfalles rücksichtslos und mit größter Beschleunigung durchführt unter Berücksichtigung der in der „Freiheit“ veröffentlichten Behauptungen und unter Zugrundelegung des Redaktions. Die als schuldig festgestellten Offiziere und Beamten müssen sofort von ihren Posten entfernt und aufs strengste bestraft werden.

Der Bezirksvorstand protestiert weiter aufs schärfste gegen die in der letzten Zeit mehrfach unter Militärangebot vorgenommenen Versammlungsausschüsse, zu denen zwar das formale Recht, aber keine soziale Notwendigkeit vorgelegen hat und die lediglich berechtigte Unzufriedenheit und Erregung in der Bevölkerung geschaffen haben.

Gerade weil der Bezirksvorstand anerkennt, daß durch die Schuld der Unabhängigen und Kommunisten die Regierung gezwungen ist, sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der Volksmehrheit gegen die Gewalttäte terroristischer Minderheiten ausreichende militärische Machtmittel zu schaffen, verlangt er um so nachdrücklicher, daß jedes provokatorische Auftreten des Militärs vermieden und Uebergriffe aufs strengste gehindert werden. Der Bezirksvorstand fordert die Regierung dringend auf, endlich das Militär in seine Schranken zu verwahren, und seine Verwendung auf dringende Fälle des öffentlichen Wohls zu beschränken.

Die Stellung des Bezirksverbandes deckt sich im wesentlichen mit den Forderungen, die auch von unserer Seite anlässlich der letzten Vorfälle dringend erhoben worden sind.

Das Rätewahlrecht.

Oder: Wie macht man das?

In der „Freiheit“ stellt Kurt Crispian, ein Anhänger der antidemokratischen Rätebestattung, folgenden Vorschlag eines Rätewahlgesetzes zur Diskussion:

- Wahlberechtigt ist:
1. Jeder produktive Arbeiter, jede produktive Arbeiterin.
 2. Der dauernd oder vorübergehend nicht produktiv tätig ist, wenn er zur Arbeiterklasse gehört.
 3. Der notwendig ist zur Aufrechterhaltung des Hausstandes für die unter 1. und 2. genannten Wahlberechtigten.
 4. Handwerker, Bauern und ähnliche Personen, die nicht mehr direkt zur Arbeiterklasse, aber auch noch nicht zur Kapitalistenklasse gehören.
 5. Wer nicht zu den unter 1, 2, 3, 4 genannten Wahlberechtigten gehört, wenn er Mitglied einer sozialrevolutionären Partei ist.

Neben denjenigen, die nach vorstehenden Bestimmungen grundfähig nicht wahlberechtigt sind, verliert sein Wahlrecht, wer im sozialistischen Sinne erschloß gehandelt hat und wenn demzufolge von einem sozialistischen Gericht die sozialistischen Ehrenrechte abgesprochen sind.

Ueber die Indische Unruhe dieses Vorfalles sind nicht

viel Worte zu verlieren. Er stellt sich als ein plumper Versuch dar, unter Beiseitziehung aller Begriffe von Recht und Gerechtigkeit der jeweils radikalsten, d. h. lautesten Gruppe der Arbeiterbewegung die Mehrheit zu verschaffen. Die Begriffe „produktiv“, „Arbeiterklasse“, „Kapitalistenklasse“, „sozialrevolutionäre Partei“, „sozialistische Ehrenrechte“ sind geschwehrt reinster Kaufkauf, mit dem sich alles ober nichts anfangen läßt. Ein Schieber zum Beispiel, der sich bei der U. S. P. D. einkauft, wird wahlberechtigt, umgekehrt kann ein spartakistischer „Ehrengericht“ allen Sozialdemokraten Bürgerrecht und Ehre absprechen. Der Staat, der ein solches „Wahlrecht“ annähme, wäre kein Staat mehr, sondern ein Kasperktheater.

Verstummt.

Man schreibt uns: Die elch-lothringischen Sozialisten protestieren laut und lebhaft gegen das Werk von Versailles, Homo-Grumbach an ihrer Spitze. Wo aber ist Georges Weill, der die deutschen Verhältnisse so gut kennt und der seinen französischen Freunden darlegen könnte, wie unerfüllbar ihre Forderungen sind — ganz abgesehen von ihrer Gefährlichkeit? Er schweigt — schweigt jetzt am Ende, wie er damals am Anfang des Krieges schweig. Aber dazwischen hat er fleißig für die gerechte Sache des Völkergleichs und des ewigen Friedens geredet!

Preussische Landesversammlung.

28. Sitzung vom 2. Juni, 12 Uhr mittags.

Am Regierungstisch: Döber, Graunig u. a. Der Gesetzentwurf über Erweiterung der Befugnisse des westpreussischen Provinzialausschusses wird in zwei Lesungen ohne Erörterung genehmigt.

Hierauf wird die Besprechung der förmlichen Anfrage der Deutschen Volkspartei über die Zerrüttung des Transportwesens in Verbindung mit dem den gleichen Gegenstand behandelnden sozialdemokratischen Antrage fortgesetzt.

Abg. Kopis (Dem.): Die Erhöhung der Güter- und Personentarife wird von der Bevölkerung als außerordentlich schädigend empfunden. Gerade die Kinderarmut, die in der Ueberwindung ihres Bedarfs reifen müssen, empfinden die Preiserhöhung noch schmerzlicher. Die Streiksituation hat die ungesunden Verhältnisse im Eisenbahnenwesen verhängnisvoll verstärkt. Bei Ihren Maßnahmen muß die Eisenbahnverwaltung überlegen, ob sie auch durchführbar sind. Solche Verfügungen, wie die über den Fahrterlaubnischein, die doch nur umgangen werden, untergraben die Achtung vor dem Gesetz. Der Redner fordert ferner züchtige Kurzbücher, strenge Durchführung der Kachzahlungspflicht bei unerlaubter Benutzung höherer Wagenklassen und Vermehrung der Schusszüge. Die von dem Minister in Aussicht gestellte

Besserung des Verkehrs unserer Eisenbahnen erscheint fragwürdig.

wenn die in den Friedensbedingungen der Entente enthaltenen Vorschriften unverändert bleiben. Offensichtlich bleibt der vom ganzen Hause unterzeichnete Appell des Ministers an das Eisenbahnpersonal nicht vergebens. Abg. Dr. Küster-Greifswald (Nat. Sp.): Die Warnung des Ministers vor weiteren Lohnforderungen kann nur dankbar begrüßt werden. Alle diese Kriegs- und Ueberwindungslagen sind ja bloß Schulden, die wir aufgenommen und aus der künftigen produ-

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Dachdecker Deutschlands.

Der Dachdeckerverband hielt in den letzten Tagen des Monats Mai in Frankfurt a. M. seinen 12. Verbandstag ab.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes für die Zeit seit 1912 wies die Verhandlungsbereitschaft des Verbandes für die Zeit seit 1912 als erfolgreich an. Als dieser Anfangs 1916 die Leitung des Verbandes übernahm, sah es mit diesem schlimm aus, er war auf seiner tiefsten Stufe angekommen. Seitdem ist es langsam wieder aufwärts gegangen und nun zählt der Verband wieder über 6000 Mitglieder, womit sein Höchstmitgliedsstand allerdings noch nicht erreicht ist. Der Redner besprach eingehend die Tätigkeit des Vorstandes besonders in der Kriegszeit. Bei den Lohnbewegungen während des Krieges habe der Verband seine Not gehabt die Kollegen anzutreiben, damit sie wenigstens das verlangte haben, was ihnen zufließt. Als die Revolution ausgebrochen sei, habe sich das Bild geändert. Nun hätten die Kollegen geglaubt, alle Befehle und Statuten über den Haufen rennen zu können und zu machen was sie wollten. Das Statut müsse aber auch jetzt eingehalten werden. Bei politischen Streiks müßte die Gewährung von Unterstützung verweigert werden.

In der Diskussion waren die Redner im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Kritik wurde geübt an der Haltung der Generalkommission, die zu weit nach rechts geschwenkt sei, und der Stimmung der Arbeiterschaft auch nach der Revolution nicht Rechnung trage. Wesentlich die Frage, ob bei politischen Streiks von der Arbeiterschaft Unterstützung beabsichtigt werden solle, vertrot die Mehrzahl der Redner die Ansicht, daß in solchen Fällen keine Unterstützung zu gewähren sei. Der Vertreter der Generalkommission, Silberstein von Berlin, verteidigte in längerer Rede den Standpunkt der Generalkommission. Diese habe sich bei ihrer Kriegspolitik von dem Gedanken leiten lassen, alles zu tun, um die Interessen der Organisationen und die der gesamten Arbeiterschaft zu wahren.

Der Verbandstag erklärte sich gegen eine Stimme mit der Tätigkeit einverstanden. Er bestätigte die während des Krieges gefassten Beschlüsse und sprach dem Zentralvorstand sein volles Vertrauen aus.

Den Höhepunkt des Verbandstages bildete ein Referat des Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes, Paepow-Hamburg, über:

Die Gewerkschaften im neuen Deutschland.

Das der Verbandstag mit sehr großem Interesse entgegennahm. Paepow sagte: die Form der Gewerkschaften ist bedingt durch die Verhältnisse; verändern sich diese, müssen Form und Zweck der Gewerkschaften auch andere werden. Durch die Revolution haben sich die politischen Machtverhältnisse verschoben und damit auch die wirtschaftlichen Verhältnisse und das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften. Man wird vieles nicht mehr erkämpfen müssen, sondern wird es einfach dekretieren. Die Sozialisierung muß immer mehr durchgeführt werden. Reif dafür ist auch das Bauwerk. Notwendig ist vor allem die Enteignung von Grund und Boden, jeder Spekulationsgewinn hierin ist zu verbieten. Die Arbeiterschaft muß die reine Gemeinwirtschaft, die völlige Vergesellschaftung, anstreben und durchführen. Haben wir diese sozialistische Wirtschaftsweise, dann sind die Gewerkschaften überflüssig. Redner plädierte am Schluß seiner Darlegungen für den

Zusammenbruch der baugewerblichen Berufe zu einem Verband.

In der sachlich geführten Diskussion wurde vielfach eine raschere Durchführung der Sozialisierung verlangt. Einige Redner traten für den Ausbau des Räteystems nach den Forderungen der I. S. P. ein. Von diesen Delegierten wurde eine längere Resolution eingebracht, die in diesem Sinne gehalten ist und besagt, daß bei ernstlichen Gegenbewegungen gegen Räteystem und Sozialisierung mit Generalstreik zu antworten sei, der aber der Verbandstag keine Zustimmung nicht gab. Im übrigen wurde hauptsächlich die Verarmungsfrage erörtert. Der Verbandstag sprach sich gegen 5 Stimmen für die Schaffung eines großen, gemeinsamen Verbandes, in dem sämtliche Bauverufe vereint sind, aus. In diesem Sinn soll die Verschmelzungsfrage erledigt werden.

Weber den Reichstakt sprach Verbandsvorsitzender Thomas-Frankfurt a. M., der für Annahme des vorliegenden Tarifentwurfes plädierte.

In der Diskussion sprachen sich einige Redner grundsätzlich gegen den Abschluß eines Reichstaktes aus, die Mehrzahl der Delegierten erblickten jedoch in einem Reichstakt einen Fortschritt. Trotz mancherlei Einwendungen gegen den Tarif stimmte der Verbandstag dem Reichstakt in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 4 Stimmen zu. Der Tarifvertrag hat Gültigkeit vom 1. Juli 1919 bis zum 31. März 1920.

Weber Bauarbeiterschutz und Sozialpolitik hielt sodann Heine-Berlin ein instruktives Referat. Der Verbandstag stimmte nach kurzer Aussprache einer Resolution zu, in der ein wirksamer Schutz für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter gefordert wird. Die Renten sollen entsprechend dem heutigen Stande des Geldes erhöht werden. Die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission wurde beauftragt, beim Arbeitsministerium in diesem Sinne zu wirken.

Bei Beratung des Statuts stimmte der Verbandstag mit 18 gegen 7 Stimmen der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu. Diese und die übrigen Unterstützungen werden nach den Vorschlägen des Verbandes festgelegt

hat, einer Reform unterzogen. Die Beiträge wurden entsprechend der Höhe des Verdienstes einschließlich Feuerungszulage festgelegt.

Die Unterstützungen werden nach den geleisteten Beiträgen berechnet. Mitgliedern, die vor ihrer Einberufung zum Kriegsdienst dem Verband zwei Jahre angehört, wird die militärische Dienstzeit mit 25 Wochenbeiträgen pro Jahr in Anrechnung gebracht. Die Arbeitslosenunterstützung tritt am 1. Juli 1920 in Kraft, die neuen Sätze für die Krankenunterstützung werden mit Inkrafttreten des Statuts, 1. Juli 1919, bezahlt.

Bei der Wahl des Vorstandes und der Gauleiter wurden der bisherige Vorsitzende Thomas und der Kassierer Dieck-Frankfurt a. M. sowie die Gauleiter einstimmig wiedergewählt.

Als Delegierte zum Gewerkschafts-Kongress werden Thomas-Frankfurt a. M. und Wagner-Kärnberg bestimmt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Eine große Kundgebung der technischen Angestellten Groß-Berlins veranstaltete der Bund der technischen Angestellten und Beamten Mittwoch, den 4. Juni, abends 7 Uhr, im großen Saale des Lehrervereinshauses. Tagesordnung: 1. Die Einheitsgewerkschaft der Techniker. 2. Regierung und Mitbestimmungsrecht. Referenten sind die Herren Gram, Ruffhäuser und Kaufmann.

Lohnbewegung der Handwerker der Gasbetriebe.

Durch einen Schiedsspruch, den das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz fällte, wurde eine seit Monaten schwebende Lohnbewegung der Handwerker der Gaswerke beendet. Leider mußte es erst zu einer Arbeitsniederlegung und in der Folge zu einem Schiedsspruch des Einigungsamtes kommen, ehe der Berliner Magistrat sich entschloß, die berechtigten Forderungen der Handwerker zu erfüllen.

Der im Anfang d. J. abgeschlossene Tarifvertrag der Gemeindearbeiter hatte bezüglich der Handwerker der Gaswerke keine vollständige Lösung der Lohnfrage gebracht. Der Vertrag kürzte die Löhne der Handwerker der Gaswerke um ein Teil erheblich. Bei den Verhandlungen über den Vertrag und bei späteren Verhandlungen mit der Direktion der Gaswerke kam zum Ausdruck, daß für den Lohnausfall die Handwerker der Gaswerke entschädigt werden sollten durch Aufstufen in eine höhere Lohnstufe. Diese Forderung verwarf der Magistrat zu umgehen. Die Angelegenheit lagte sich soweit zu, daß am Montag, den 27. Mai, eine Versammlung der Handwerker der Arbeitsniederlegung beschloß.

Die Verhandlungen mit dem Magistrat führten zu keinem befriedigenden Resultat. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter riefen nunmehr das Einigungsamt des Gewerbegerichts an. Das Einigungsamt fällte nach mehrfachen Verhandlungen am Sonnabend den nachfolgenden Schiedsspruch, dem die Vertreter der Handwerker sofort zustimmten und den dann auch der Magistrat anerkannte.

1. Sämtliche Handwerker der Gas- und Elektrizitätswerke werden mit Wirkung vom 1. Januar 1919 in den Lohnstufen Gruppe I Klasse 4b eingereiht.

Unabhängig der Handwerker der Kanalisations- und Wasserwerke verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren, wonach die Einreihung in Klasse 4b nur bei tatsächlich erweiterter Arbeit zu erfolgen hat. 2. Obne die Frage zu prüfen, ob eine Veranlassung zum Streit vorgelegen hat oder nicht, hat das Einigungsamt mit Rücksicht auf die Folgen einer Fortdauer oder Ausdehnung des Streiks beschlossen, daß eine Vergütung für die Streikzeit Dienstag und Mittwoch zu erfolgen hat. Daß dagegen von einer Vergütung weiterer Streiktage abzusehen ist.

3. Falls sich in der städtischen Arbeiterschaft weitere Meinungsverschiedenheiten über die Einreihung in die Klassen a oder b ergeben sollten, soll in Zukunft das in § 20 des Tarifvertrages vorgesehene Verfahren Platz greifen.

Eine überfüllte Versammlung der Handwerker beschloß hierauf die Wiederaufnahme der Arbeit.

Bei etwas mehr Verständnis und Entgegenkommen hätte sich der Magistrat diesen Spruch ersparen können. Er sollte aus dieser Bewegung den Schluß ziehen, daß jene Zeiten endgültig vorüber sind, in denen die städtischen Arbeiter jahrelang geduldet auf die Anerkennung ihrer berechtigten Wünsche warteten.

Die Buchdrucker gegen den Schiedsspruch.

In ihrer Generalversammlung beschäftigten sich die Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer mit dem im Buchdruckgewerbe gefällten Schiedsspruch. Nach einem Referat Raffinis und einer ausgiebigen Diskussion gelangte folgende Resolution fast einstimmig zur Annahme:

„Die im Gewerkschaftshause tagende Generalversammlung der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem für das Buchdruckgewerbe gefällten Schiedsspruch. Die Versammlung sieht sich, wie so oft, vor vollendete Tatsachen gestellt, kann sich damit aber nicht so ohne weiteres abfinden und erhebt den schärfsten Protest gegen den Schiedsspruch. Sie hält die zugestandenen Forderungen für ungenügend und behält sich vor, die nicht bewilligten Forderungen zu gegebener Zeit erneut zu stellen.“

Zu einer Miesendemonstration

gestaltete sich die Versammlung der Bader, Lager-, Hof- und Transportarbeiter und -arbeiterinnen usw. aus den Berliner Metallbetrieben, die in den Gemeinräumen des Gewerkschaftshauses stattfand. Außer den fünf geräumigen Sälen war der große Hof und

das Restaurant bis auf den letzten Platz gefüllt. Es handelte sich um die Entgegennahme des Berichtes, den die Lohnkommission über die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern betreffs Neuabschlusses des Kollektivabkommens zu erstatten hatte. Das Ergebnis der ersten Verhandlung hatte die Besammlung nicht befriedigt und demzufolge war die Lohnkommission beauftragt worden, weitere Verhandlungen nachzugehen. Diese Verhandlungen haben am Montag, den 27. Mai, im Verbands Hause der Baugeschäfte, Köpenicker Str. 88, stattgefunden.

Weber das erzielte Ergebnis dieser Verhandlung berichteten die Vertreter des Transportarbeiterverbandes Fromke, Klose, Wertens, Hof, Schierich und Reimann vom Fabrikarbeiterverband. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Arbeitgeber von neuem den Versuch unternahmen, die frühere Dreigruppierung wiederherzustellen, unter der Begründung, daß die Arbeiter eine möglichst weitgehende Spezialisierung verlangen.

Seitens der Arbeitnehmer ist dieses Ansinnen mit aller Entschiedenheit abgelehnt worden.

Da die Arbeitgeber einsehen, daß sie mit ihrem Vorstoß kein Glück hatten, erklärten sie sich unter Protest mit der bereits getroffenen Zweigruppierung einverstanden.

Bzüglich Lohnaufbesserung sind Zugeständnisse insofern gemacht worden, daß beide Gruppen um 10 Pf. pro Stunde erhöht werden. Demnach soll gezahlt werden für Gruppe 1 ein Einstellungslohn von 1,90 M. pro Stunde und nach 1/2 Jahr 2 M. pro Stunde; für Gruppe 2 ein Einstellungslohn von 2 M. und nach 1/2 Jahr von 2,20 M. pro Stunde. Berufsunfähige der Gruppe 2 Einstellungslohn 2,10 M. und nach 1/2 Jahr 2,30 M. pro Stunde. Für Frauen der Gruppe 1 ein Einstellungslohn von 1,15 M. und nach 1/2 Jahr 1,25 M. pro Stunde. Für Gruppe 2 ein Einstellungslohn von 1,30 M. und nach 1/2 Jahr 1,40 M. pro Stunde. Berufsunfähige Frauen der Gruppe 2 ein Einstellungslohn von 1,35 M. und nach 1/2 Jahr 1,40 M. pro Stunde. Sämtliche Löhne sollen rückwirkend unter Anrechnung der bisherigen Tätigkeit vom 12. Mai ab gezahlt werden.

In der Diskussion erklärten die Redner, daß auch die neuen Zugeständnisse der Arbeitgeber sie nicht befriedigen. Die Arbeitnehmer seien von ihren ursprünglichen Forderungen von 2,75 M. für männliche und 2,25 M. für weibliche Transportarbeiter schon durch die Gruppeneinteilung ganz erheblich herabgezogen, und daß 2,25 M. für Gruppe 1 und 2,50 M. für Gruppe 2 als die äußerste Grenze dessen, was zum Leben erforderlich sei, darstelle. Ganz unzureichend sei aber auch die Lohnfestsetzung für die weiblichen Berufsangehörigen, wie dies seitens der Arbeitgeber geschehen ist. Ist den Möglichkeiten einer friedlichen Verständigung zu erschöpfen, ist den Arbeitgebern eine Frist bis zum 10. Juni einzuräumen, bis dahin haben die Arbeitgeber zu erkennen zu geben, ob sie zu weiteren Zugeständnissen bereit sind.

Zur einstimmigen Annahme gelangte nachfolgende Resolution: „Die heute Sonnabend, den 31. Mai 1919, in den Gemeinräumen des Gewerkschaftshauses versammelten Transport- und Lagerarbeiter usw. nehmen mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von den in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse noch ungenügenden Zugeständnissen der Arbeitgeber im geplanten Lohnabkommen zum Kollektivvertrage.“

Nach eingehender, sorgfältiger und reiflicher Prüfung der Zugeständnisse im Vergleich zur gegenwärtigen Teuerung der Lebensbedürfnisse sind die Versammelten leider nicht in der Lage, dem Gebotenen ihre Zustimmung geben zu können. Die Pflicht der Selbsthaltung ihrer Arbeitskraft zwingt sie vielmehr, eine weitere Lohnaufbesserung zu verlangen und die Herren Arbeitgeber zu ersuchen, hierbei die weiblichen Berufsangehörigen besonders zu berücksichtigen.

Die Arbeitnehmer müssen von vornherein jede Verantwortung dafür ablehnen, wenn es infolge des geringen Entgegenkommens der Herren Arbeitgeber zu einem Lohnkampf kommen sollte, der etwa 150 000 in der Berliner Metallindustrie Beschäftigte in Mitleidenschaft ziehen würde.

Die Versammelten erklären wiederholt, den Frieden zu wollen, zur Sicherung dieses erwarten sie bestimmt, daß die Herren Arbeitgeber die Lage erneut ernstlich prüfen und bis längstens Dienstag, den 10. Juni d. J., erneute, den wirtschaftlichen Verhältnissen mehr Rechnung tragende und nennenswerte Zugeständnisse machen werden.

Sollten die Versammelten sich in ihrer Auffassung getäuscht haben, so werden sie den ihr augenblicklichen Kampf zu führen wissen und rechnen dabei auf die wirksamste Unterstützung aller Arbeiter und Bevölkerungsglieder.“

Zentralverein der Bildhauer. Mittwoch 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal I: Allgemeine Streikversammlung aller Holzbildhauer Berlins. Tagesordnung: Bericht über den Streik in der Holzindustrie. Erscheinen aller streikenden Holzbildhauer, auch der in Züchtereien beschäftigten Kollegen ist notwendig.

Das Resultat der Abstimmung betr. Anschluß an den Holzarbeiterverband ist folgendes:

Für den Holzarbeiterverband 498, Steinarbeiterverband 13, für Beibehaltung des Zentralvereins der Bildhauer, 43, ungültig 89, abgegeben 615 Stimmen.

Zur Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Würzburg am 22. Juni sind folgende Stimmen abgegeben: Kollege Arumbach 451, Bonebold 449, Evers 338, Hauenslein 332, Kunert 277, Kreuz 218. Die ersten 4 Kandidaten sind gewählt.

Verantwortlich für Politik: Peter Göttern, Hrn. Friedmann, für den übrigen Teil des Blattes: Alsed Scholz, Reutlin; für Anzeigen: Theodor Giese, Berlin. Verlag: Fortwärtig-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtig-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin. Einbinder: J. Gierke 1. Beilage.

A. WERTHEIM

Versand-Abteilung: Berlin W 66

Weißwaren

- Jabot mit Stehkragen aus Tüll, mit Säumchen und Spitze ... 4⁹⁰
- Jabot mit Stehkrag, lange Form, mit breiter Spitze garniert ... 7⁰⁰
- Jabot zweifach, mit Stehkrag, und breiter Spitze ... 7⁵⁰
- Jabot mit Stehkragen aus Tüll, mit Säumchen u. Spitzen-Ansatz ... 7⁵⁰
- Reverskragen fische Form f. Blusen u. Jacken, a. Halb-Volle, mit Säumchen u. Spitzen-Ansatz ... 10⁷⁵
- Reverskragen für Blusen und Jacken, aus Tüll, mit breiter Spitze garniert ... 10⁰⁰

Damen-Stoffhandschuhe

- Zwirn weiß und schwarz, mit 2 Druckknöpfen ... 2⁵⁰
- Seide weiß und schwarz, mit 2 Druckknöpfen ... 2⁹⁰
- Schweden-Ersatz weiß, mit schwarzer Naht ... 3⁹⁰
- Seide Perilliet, schwarz, mit 2 Druckknöpfen ... 3⁹⁰
- Leinen-Ersatz weiß u. farbig, mit 2 Druckknöpfen ... 3⁹⁰
- Seide glatt, weiß, schwarz und farbig, mit 2 Druckknöpfen ... 4⁹⁰
- Ziegenleder weiß, mit 2 Druckknöpfen ... 9⁵⁰
- Ziegenleder schwarz, mit 2 Druckknöpfen ... 9⁵⁰

Lange Halbhandschuhe

- Zwirn durchbrochenes Gewebe, weiß u. schwarz ... 1⁷⁵

Kurze Halbhandschuhe

- Zwirn durchbrochenes Gewebe ... 75

- 95 Pf.

- 9.75

- 9.50

In allen 4 Geschäften: Leih-Bibliothek

Waschblusen

(Verkauf am Wäschelager)

- Balst od. Volle, mit gesticktem Vorderteil und Umlegekragen ... 44⁰⁰
- Balst od. Volle, mit gesticktem Vorderteil und Umlegekragen ... 47⁰⁰
- Balst od. Volle, mit gesticktem Vorderteil, halstfrei, mit Spitzen ... 51⁰⁰
- Balst od. Volle, mit gesticktem Vorderteil, Umlegekrag., Spitze ... 59⁰⁰

Sonnenschirme

- Weißer Sonnenschirm 24⁰⁰ mit reicher Stickerei ...
- Seidentaffel in dunklen Farben, mit Futteral ... 63⁰⁰
- Elegante Sonnenschirme in verschiedenen Farben und Preisen
- Regenschirme 39⁰⁰ mit Seidentuffel ... von 39⁰⁰ an

Spitzen-Artikel

Reste und Abschnitte in Zwirn, Klöppel, Valenciennes, Tüll und Filetspitzen sowie Einsätze in vorteilhaften Lagen und Preisen

Filetspitzen und Einsätze maschinengearbeitet, für Blusen, Kleider und Wäsche, in guten Ausführungen, etwa 2-12 cm breit

Klöppelspitzen u. Einsätze maschinengearbeitet, für Decken, Wäsche und Gardinen in großen Sortimenten und guten Qualitäten

Leipziger Straße, Lebensmittel-Abteilung:

„Lebensmittelkarte und Kochkunst“, Ausstellung von Gerichten aus rationierten Lebensmitteln, getrockneten und Salz-Gemüsen.

Veranstaltet von der Zentrale der Hausfrauen-Vereine Groß-Berlin. Beginn: Dienstag, 3. Juni, nachmittags 4 Uhr. Schluß: Mittwoch, 4. Juni, nachmittags 6 Uhr